Nr. 251 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 128

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— M., monatl. 10,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 20,— M., für das übrige Ausland 27,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 80 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Dienstag, den 31. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Kahrs Verschiebungspolitik.

München, 30. Mai. (TU.) In Abwesenheit des Ministerpräsidenten eröffnete heute nachmittag 4 Uhr 15 Min. der Vorsitzende Giehrl die Sitzung des Haushaltsausschuß des Landtages mit der Mitteilung, daß der Ministerpräsident heute noch nicht in der Lage ist, die angekündigte Erklärung abzugeben. (Gelächter links.) Er werde voraussichtlich morgen früh im Haushaltsausschuß zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Der Ministerpräsident habe ihn gebeten, dies dem Ausschuß zur Kenntnis zu bringen.

Abg. Timm (Soz.) erklärte, daß das ein eigenartiger Vorgang sei. Schließlich sei doch die Regierung nicht allein verantwortlich für die gesamte Lage, in der sich der Staat befindet. Er erinnere an die Erklärungen der „Augsburger Postzeitung", eines Organs der Bayerischen Volkspartei, welches verlangt habe, daß endlich in dieser Sache klar Farbe bekannt werde, weil sonst

die Wirkungen geradezu katastrophal

sein könnten. Nun lese man heute, daß die Reichsregierung sich gestern neuerdings mit der Rückantwort der bayerischen Regierung beschäftigt habe und daß sie darauf eine Antwort nach München gegeben habe. Bereits am Mittwoch wolle der Reichskanzler dem Reichstag Bericht über die Lage erstatten, und heute, am 30. Mai, wo

morgen wichtige Termine fällig

sind, sei das Landesparlament noch immer nicht in der Lage, zu erfahren, wie sich eine wichtige Angelegenheit in Bayern abspielt. Das sei ein geradezu unerhörter Vorgang, und es bleibe nichts anderes übrig, als gegen dieses Vorgehen den entschiedensten Protest zu erheben.

Abg. Stang (Bayerische Volkspartei) erklärte im Namen der Koalitionsparteien, daß sie es für notwendig erachten, in dieser schwerwiegenden Frage ein völlig klares Bild (!) zu bekommen. Dieses klare Bild werde morgen gegeben werden. Deshalb stelle er jetzt den Antrag, daß über diese Frage nunmehr zur Tagesordnung übergegangen werde.

Während der Ausschußvorsitzende bemerkte, daß er nun über diesen Antrag abstimmen lassen müsse, verlangte durch einen Zuruf der Abg. Gareis (USP.) das Wort zur Geschäftsordnung. Der Vorsitzende erwiderte, daß er geschäftsordnungsmäßig gezwungen sei, sofort über den Antrag abstimmen zu lassen. In größter Erregung rief unter starkem Lärm links Abg. Gareis:

Es ist unerhört, daß wir hier nicht einmal mehr über die wichtigsten politischen Fragen reden dürfen.

Wir haben lange genug in dieser Sache Geduld gehabt. Aus den Reihen der Sozialdemokraten ertönten Zurufe: „Bodenlose Gemeinheit! Die Geschichte wird über Sie (Vorsitzender) zur Tagesordnung übergehen!" Der kommunistische Abg. Aenderl ruft: „Saustall sondersgleichen!" Der Vorsitzende erteilt Aenderl einen Ordnungsruf. Abg. Gareis (USP.): „Zwingen Sie uns nur, zu anderen Mitteln überzugehen!"

Unter andauernder Erregung der Linken wurde dann die Abstimmung über den Antrag Stang vorgenommen, **der gegen die Stimmen der Linksparteien angenommen wurde.** Damit war die Angelegenheit für die heutige Sitzung erledigt. Der Ausschuß tritt dann in die sachliche Beratung seiner Tagesordnung ein. Kurz darauf wurde aber auf Antrag des Abg. Timm (Soz.) die Sitzung aufgehoben, damit die Fraktionen zur Beratung zusammentreten können.

Das Verhalten der bayerischen Regierung illustriert die Situation. Das Bestreben Kahrs, jeder parlamentarischen Besprechung seines Verhaltens auszuweichen, ist offenbar kein Ausfluß guten Gewissens. Wir müssen auf dies Symptom um so stärker hinweisen, als an hiesigen Reichsregierungsstellen in der bayerischen Frage — wenigstens teilweise — ein Optimismus obzuwalten scheint, den wir nicht teilen können. Während man aus hiesigen Regierungskreisen immer wieder die Ansicht hört, daß eine Einigung mit Bayern vor der Tür stehe, ist man in München selber durchaus gegenteiliger Ansicht. So schreibt die „Bayerische Staatszeitung" am Montagabend, daß eine Uebereinstimmung zwischen Berlin und München über die in der Einwohnerwehrfrage zu ergreifenden Maßnahmen bisher nicht herbeigeführt werden konnte. Der Ministerrat, der am Sonntag zu einer langen Besprechung versammelt war, habe sich veranlaßt gesehen, seine bereits gefaßten Beschlüsse erneut einer Prüfung zu unterziehen, nachdem die neue Sachlage mit den Führern der Koalitionsparteien besprochen worden sei. Diese Besprechung fand am Montagvormittag statt und im Anschluß daran sei der Ministerrat abermals zusammengetreten. Die Gauleiter der Einwohnerwehren seien ebenfalls zu einer erneuten Besprechung versammelt.

Also in München weiß man von einer Uebereinstimmung nichts und die dort tagenden Gauleiter der Einwohnerwehren dürften auch nicht die geeigneten Leute sein, um sie herbeizuführen. Gewiß sind noch nicht alle Tore der Einigung verschlossen. Aber die Zeit drängt außerordentlich, und auf die lange Bank zu schieben ist die Sache nicht mehr. Die Reichsregierung wird auf jeden Fall ihre Maßnahmen zu erwägen haben, auch für den Fall eines Nichtzustandekommens der Einigung.

•

Die in München abgehaltene Konferenz des süddeutschen Gewerkschaftskartells, deren Delegierte 250 000 Arbeiter und Angestellte vertraten, nahm eine Entschließung an, welche die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Aufhebung der Volksgerichte, die Auflösung und Entwaffung der Einwohnerweren, sofortige Zurückberufung und Entwaffnung der Freiwilligenverbände aus Oberschlesien fordert. Für den Fall der Ablehnung der Auflösung oder der Entwaffung der Einwohnerwehren ersucht die Konferenz die sozialistischen Parteien, gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Aktion einzuleiten, die der Regierung Kahr und deren Hintermännern klarmachen soll, daß die bayerische Arbeiterschaft es nicht dulden wird, daß wegen der Aufrechterhaltung der Einwohnerwehren das Ruhrgebiet besetzt und der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands herbeigeführt wird.

Die Frist wird eingehalten.

WTB. meldet: Die Frist für die Ueberreichung der Liste der aufzulösenden Organisationen wird, wie wir hören, eingehalten. (Die Frist läuft mit dem heutigen Tage ab. Red. des „Vorwärts".)

Senatsdebatte über Reparation.

Der französische Senat beriet über das Budget der von Deutschland zurückzuzahlenden Ausgaben. Generalberichterstatter Cheron erläuterte den Bericht über das Budget der Ausgaben für Pensionen, Zuweisungen und den Wiederaufbau. Frankreich habe bis jetzt **6 Milliarden** für Pensionen und Entschädigungen sowie für Sachschäden bezahlt. Für Pensionen sei noch ein Kapital von **49 Milliarden** zu verausgaben. Der Wiederaufbau der befreiten Gebiete würde **78 Milliarden** kosten, was insgesamt **187 Milliarden** ausmache. Frankreich erhalte nach dem Abkommen von London etwa 68 Milliarden 840 Millionen Goldmark, was nach der Berechnung von Sachverständigen nach dem heutigen Kursstand 151 Milliarden Franken ausmache. Da der Kurs sich aber bessere, würde der Wert der französischen Forderung sich vermindern. Der Berichterstatter präzisiert alsdann die Zahlungsmodalitäten, namentlich weist er darauf hin, daß die Schatzscheine wohl nicht ohne Schwierigkeiten abgesetzt werden könnten. Die Reparationskommission habe so entschieden, daß Frankreich einen Teil seiner Forderung aufgegeben habe. Diese Entscheidung könne man **nicht ohne Erregung** hinnehmen. Der Berichterstatter sagte, die budgetäre Lage sei so, daß noch in diesem Jahre 37 Milliarden für die Ausgaben gesucht werden müßten, auf deren Erstattung man rechne. Noch im Jahre 1927 müsse man etwa 5 bis 6 Milliarden durch Anleihen aufbringen. Trotzdem aber dürfe man den Mut nicht verlieren. Senator Chenebolt bedauerte, daß die 12 Milliarden, die Deutschland bis zum 1. Mai hätte zahlen sollen, in die Hauptschuld einbegriffen worden seien.

Ministerpräsident Briand

erklärte: Frankreich, daß so praktisch und voll von gesundem Menschenverstand sei, habe sich gesagt, Deutschland werde zahlen, Deutschland müsse zahlen. Aber inzwischen müsse man nur auf sich selbst und auf das **Prestige des Sieges** zählen. Man wolle vom Feinde so viel erlangen (nach anderem Bericht: „herauspressen". Red.), wie möglich sei. Aber die Ereignisse zwängen doch traurige Ausblicke auf. Man sage immer, man habe seit zwei Jahren von Deutschland nur einen schwachen Teil der Hoffnungen geerntet. Man müsse die Dinge mit Kaltblütigkeit betrachten. Er gebe zu, daß man ihm Irrtümer vorwerfen könne, aber er wolle die Lage mit gutem Willen und Aufrichtigkeit nach Artikel 232 des Friedensvertrages beurteilen. Deutschland sei für verantwortlich erklärt worden. Es müsse alles zahlen, auch die Schäden der Privatpersonen. Aber hier komme dann eine andere Bestimmung des Vertrages in Betracht, wonach die Forderung nicht die deutsche Zahlungsfähigkeit **übersteigen** dürfe. Eine Kommission habe den Schaden abgeschätzt. Man habe ihr das Recht gegeben, auf die Zahlungsfähigkeit des Schuldners Wert zu legen, und auch das Recht, die Zahlungsbedingungen, wenn möglich abzuändern. Das sei jetzt untersagt. Er habe schon erklärt, daß man jetzt auf den Friedensvertrag zurückgekommen sei. Nach dem Siege seien manche Dinge unnötig gewesen. Je mehr man sich aber von dem Kriege entfernt habe, um so mehr hätten sich die Dinge geändert. Man müsse mit praktischen Realitäten rechnen. Zwei Jahre lang habe die

Reparationskommission schlecht funktioniert,

weil die Delegierten untereinander nicht einig gewesen seien. Man habe den Vertrag für unausführbar gehalten. Unter der Leitung Dubois' aber wurde die deutsche Schuldsumme festgestellt. Weiter erklärt er dann, daß Frankreich durch das Londoner Abkommen nicht geschädigt worden sei, im Gegenteil habe es nur seine Stellung verstärkt. Denn die ganze Welt mußte Frankreichs **Mäßigung** anerkennen. Deutschland mußte zugeben, besiegt zu sein. Hätte Frankreich **allein** das Ruhrgebiet besetzt, so wäre es **nie** bezahlt worden. Auch hätte es die Zustimmung aller Alliierten benötigt, die sich mit ihm solidarisch erklären hätten müssen. Die Rede Briands wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Der 1917 vereitelte Frieden.

Von Philipp Scheidemann.

Auf den Seiten 9/10 meiner Schrift: „Papst, Kaiser und Sozialdemokratie" ist zu lesen:

Am 12. Juli 1917 hatte unser Wiener Botschafter von Wedel ein Telegramm an das Auswärtige Amt geschickt, in dem er Mitteilungen über die Friedenspropaganda machte, die von Wien aus betrieben wurde. Der Kaiser las das Telegramm, machte verschiedene Randbemerkungen dazu und schrieb darunter einige Zeilen, aus denen hervorgeht, daß ihm der Generaloberst von Plessen ein anonymes (!) Schreiben folgenden Inhalts übermittelt hatte:

> Schon seit Mitte des Krieges befürchten ganz offen vatikanische Kreise den Sturz des Vatikans durch eine italienische Revolution beim Zusammenbruch Englands. England wird jetzt in seiner Todesangst den Vatikan in seiner Annahme sehr bestärkt haben und als letztes Mittel zur Rettung einen Druck auf Deutschland wegen eines schleunigen Friedens dringend angeraten haben. Ein sicheres Zeichen, wie schlimm es mit England steht. Hoffentlich weiß die Regierung bei uns, woher der Wind von England weht, und was er bezweckt.

Gegenüber dem „Elsässer Kurier", der sich mit derselben Angelegenheit beschäftigt und dabei sagt, daß der „Hofgeneral v. Plessen" dem Monarchen das anonyme Schreiben zugestellt habe, veröffentlicht der Generaloberst v. Plessen in der „Kreuzzeitung" eine Erklärung, in der es heißt:

„Ich habe mit der Behandlung des seinerzeit päpstlichen Friedensangebotes durch den Nuntius Paccelli nie das Geringste zu tun gehabt. **Ein anonymes Schreiben habe ich niemals der Beachtung gewürdigt,** am allerwenigsten es Seiner Majestät dem Kaiser unterbreitet! Ich war diensttuender Generaladjutant und 1. Kommandant des Großen Hauptquartiers; einen „Hofgeneral" hat es in Preußen niemals gegeben."

Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß der Generaloberst v. Plessen gegen meine Schrift kein Wort sagt. Trotzdem erscheint es mir angebracht, auf die Sache zurückzukommen, weil ich mich in meiner Schrift der größten Zurückhaltung befleißigt und nicht alle Einzelheiten berichtet habe, solange ich der Meinung sein durfte, durch eine summarische Darstellung meinen Zweck zu erreichen. Mein Zweck war und ist der, dem deutschen Volke zu zeigen, wie es im Kriege von den verschiedensten Würdenträgern belogen und — wie ich überzeugt bin — dadurch auch um einen Frieden der Verständigung gebracht worden ist.

Ich lasse hier das ganze Kapitel, in dem Herr v. Plessen vom Kaiser selbst genannt wird, folgen. Die Randbemerkungen stammen von der Hand des Exkaisers Wilhelm.

12. 7. 17. Botschafter Wedel-Wien an das Auswärtige Amt. Eingegangen Berlin am selben Tage.

12. 7. 17., 12 Uhr nachts W. Den Verdacht haben wir schon lange.

3. Maj. Von beachtenswerter, in der Regel gut orientierter Seite wird mir folgendes mitgeteilt. In der Schweiz sei eine Propaganda eingeleitet, daß Wien den Frieden vermitteln solle. Die Propaganda werde von hoher Stelle begünstigt. Frankreich sei einverstanden. Verlange aber, daß Wien erst Ordnung im eigenen Hause mache und österreichische Völker befriedige, um selbst friedensreif zu sein. Daraus erkläre sich der Amnestie-Erlaß und die Eile Kaiser Karls, ein Ministerium zu finden, daß die Neuordnung im Sinne nationaler Autonomie durchführt. Die Aktion liege in den Händen der Geistlichkeit, was durch das Friedensbedürfnis des Vatikans zu erklären sei. Das Zentrum liege in der Schweiz, von wo aus die Fäden nach Wien und Paris gesponnen würden. Der Abgeordnete Erzberger habe mit Schweizer Zentrum Fühlung. Sein Vorstoß stelle eine Parallelaktion dar, um Deutschland innerlich friedensreif zu gestalten. Graf Czernin steht der Sache fern. Um seinen Widerstand zu vermeiden, wurde ihm der Amnestie-Erlaß verheimlicht. Er wird auch sonst, wie mir von sicherer Seite bestätigt wird, seit kurzer Zeit durch unverantwortliche Ratgeber in auffallender Weise in den Hintergrund geschoben. Wedel.

Also war unsere Ahnung richtig.

Der Hund!

Halunke!

Natürlich auch andere.

J. M. nebst Beichtvater.

Weiter bemerkt Wilhelm II:

Nach einer **Geheimmeldung ohne Unterschrift aus Westfalen an Exzellenz v. Plessen für mich** hat Lloyd George heimlich eine Bitte an den Vatikan gelangen lassen, **einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen mit den Mittelmächten** zu vermitteln. Derselbe wird einen dahin lautenden Vorschlag durch den Nuntius an uns unterbreiten. Als Vorbereitung dazu ist der Vorstoß Erzbergers anzusehen, der ihm den Boden hier vorbereiten sollte, gleichwie in Oesterreich schon innere Maßnahmen zustande kommen auf Wunsch von Frankreich und England.

Der Kaiser hat also selbst festgestellt, daß v. Plessen das für den Kaiser bestimmte anonyme Schreiben erhalten und ihm auch übermittelt hat. Aus dem jetzt folgenden Briefe geht hervor, daß v. Plessen sich zur Uebermittlung an den Kaiser des ehemaligen Unterstaatssekretärs Zimmermann bedient.

Potsdam, den 12. Juli 1917.

Ew. Exzellenz darf ich den anliegenden anonymen Brief ganz ergebenst übersenden. Er ist interessant.

Mit bestem Gruß

Euer Exzellenz ganz ergebener Plessen.

Zweierlei ist nur möglich: Entweder hat Herr v. Plessen ein schlechtes Gedächtnis, oder der ehemalige Kaiser hat ihn in seiner handschriftlichen Anmerkung zu Unrecht genannt, weil irgendein Fälscher Plessens Namen mißbraucht hat. Ich bin geneigt, die Vergeßlichkeit des Generalobersten v. Plessen als das wahrscheinlichere anzunehmen, denn andernfalls müßte ja ein ganz gewissenloser Urkundenfälscher das Recht gehabt haben, direkt mit dem Kaiser zu verkehren und ihn zu belügen. Für ausgeschlossen halte ich das freilich auch nicht.

Aber auch in diesem Falle ist es doch sehr unwahrscheinlich, daß der Kaiser mit v. Plessen, der zu seiner unmittelbaren Umgebung gehörte, über das anonyme Schreiben nicht gesprochen haben sollte.

Vollkommene Klarheit über die Rollen, die die Herren Zimmermann, v. Kühlmann, v. Plessen und andere in jener kritischen Zeit gespielt haben, muß die Untersuchung ergeben, von der ich wünsche, daß sie endlich einmal zum Abschluß gebracht wird.

Rathenau.

Keine Ministerernennung hat in der letzten Zeit soviel Lärm in der Presse erregt, wie die Ernennung Walter Rathenaus zum Wiederaufbauminister. Die deutschnationalen Schreihälse brüllen, daß schon wieder ein Jude Minister geworden sei. Der gar nicht antisemitische Hansabund hinwiederum sieht in Rathenau einen „Planwirtschaftler" und kündigt dem neuen Minister den schärfsten Widerstand an für den Fall, daß er nur den geringsten Versuch machte, seine Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen. Schwerindustrielle Blätter ziehen die Stirn in Falten und erinnern andeutungsweise an den Konflikt zwischen Rathenau und Stinnes. Andere zitieren seine sozialphilosophischen Schriften, um zu beweisen, daß Rathenau ein Sozialist sei, andere hinwiederum verweisen darauf, daß er wenige Tage vor dem Ablauf des Ultimatums dessen Ablehnung (und Ersetzung durch neue Vorschläge) im „Berliner Tageblatt" angeraten habe.

Zu all dem ist zu bemerken, daß Rathenau sicher nicht berufen ist, die Theorie des Sozialismus neu zu begründen — dazu trägt seine Schriftstellerei zu sehr den Charakter einer geistreichen Nebenbeschäftigung — und daß er auch schwerlich die Fähigkeiten eines politischen Führers besitzt, dazu ist er zu sehr nervöser Stimmungsmensch und einfallreicher Plauderer. Aber jedenfalls ist er zweierlei: erstens eine interessante Persönlichkeit, das zeigt sich schon daran, daß soviel auf ihn geschimpft wird, und zweitens ein Mann, der auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Organisation auf nennenswerte Erfolge zurückzublicken hat.

Rathenau soll die Regierung weder mit einer neuen Sozialtheorie versehen, noch ihre politische Führung übernehmen, sondern er soll als Wiederaufbauminister die mit dem Wiederaufbau verbundenen gewaltigen wirtschaftlichen Transaktionen leiten. Er soll dafür sorgen, daß die notwendige Wiederaufbauarbeit so rationell wie möglich gestaltet und daß dem Reich für seine Leistungen auf das Wiedergutmachungskonto kaufmännisch anständige Preise gebucht werden. Auf diesem Gebiet ist er zweifellos ein „Fachminister", und es wirkt einigermaßen komisch, daß es jetzt denjenigen, die sonst so laut nach Fachministern schreien, auch wieder nicht recht gemacht worden ist.

Im Kabinett wird Rathenau zweifellos ein anregendes Element sein. Und da er es hier nicht mit einem kritiklosen Publikum zu tun hat, braucht man auch nicht zu besorgen, daß alle seine Einfälle sichtbare Spuren in der deutschen Politik zurücklassen werden. Es genügt, wenn die guten unter ihnen Verwirklichung finden. Daß aber die großen gewerkschaftlichen Interessen, die mit der Wiederaufbauarbeit verbunden sind, angemessene Berücksichtigung finden, dafür wird bei der sonstigen Organisation des Ministeriums Sorge zu tragen sein.

Das Urteil der Parteigenossen.

Der Bezirksverband der SPD. Thüringen hielt am 28. und 29. Mai in Weimar seinen diesjährigen Parteitag ab. Am zweiten Tage sprach Genosse Müller-Franken über die politische Lage. Von den Jenaer Genossen wurde folgende Entschließung eingebracht und vom Parteitage einstimmig angenommen:

Der Bezirksparteitag der SPD. Thüringen stellt sich auf den Boden der Ausführungen des Genossen Müller-Franken. Die Annahme des Ultimatums war um der Einheit der Deutschen Republik und der Lebensinteressen der deutschen arbeitenden Bevölkerung willen notwendig. Um das Ultimatum zu erfüllen und der Arbeiterschaft der alliierten Länder den festen Willen der deutschen arbeitenden Bevölkerung zum Wiederaufbau der zerstörten Weltwirtschaft zu dokumentieren, war der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung dringende Notwendigkeit. Diese Tendenz kann aber nur gefestigt werden, wenn die Unabhängigen ihre Einsicht vom 10. Mai aufrechterhalten, die Regierung sich innen- wie außenpolitisch nach links orientiert, und entsprechend dem Kasseler Parteitagsbeschluß jede Koalition mit der antirepublikanischen und friedensstörenden Deutschen Volkspartei des Stinnes ablehnt.

In einer weiteren Entschließung über Thüringer Politik wurde die Enthaltsamkeitspolitik der Unabhängigen bei der Regierungsbildung in Thüringen verurteilt, weil dadurch der Einfluß der Sozialdemokraten in Thüringen stark geschwächt und die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der freiheitliche Ausbau Thüringens nicht genügend gefördert werden konnte.

Die Goldzahlung.

Regierungsrat Dr. Meyer als Stellvertreter des abwesenden Staatssekretärs Bergmann hat in Paris am Montag mittag der Reparationskommission die 20 Reichswechsel über 200 Millionen Dollar mit folgendem Schreiben übermittelt:

Im Auftrage meiner Regierung beehre ich mich hiermit, in Ausführung des Artikels 5 des Zahlungsplanes vom 5. Mai und in der von der Reparationskommission gewünschten Fassung 20 Stück Reichswechsel mit dreimonatiger Laufzeit über je 10 000 000 = 200 000 000 Standard Dollar der Vereinigten Staaten von Amerika zu übermitteln, die sämtlich das Giro der Deutschen Bank, der Bank für Handel und Industrie, der Dresdner Bank und der Disconto-Gesellschaft tragen. Reihe 40 Reihe 1—8 ist zahlbar in New York, Reihe 41 Nr. 1—6 in London und Reihe 42 Nr. 1—6 in Paris. Ein Betrag von 35 783 000 Dollar ist bereits, wie ich der Reparationskommission mit meinem Schreiben vom 28. Mai mitgeteilt habe, der Federal Reserve Bank in New York in der von der Reparationskommission gewünschten Art und Weise zugunsten der Banque de France bzw. der Bank of England auf das Konto der Reparationskommission bei diesen Banken überwiesen worden.

Die deutsche Regierung bietet ferner der Reparationskommission sofort 15 Millionen Goldmark in französischen Franken an.

Das Problem der Erwerbslosennot.

In der Fortsetzung der Erwerbslosendebatte im volkswirtschaftlichen Ausschuß macht der Vorsitzende **Simon**-Franken (U. Soz.) darauf aufmerksam, daß einzelne zur Diskussion stehende Anträge in der Praxis bereits ihre Vorläufer hätten, dies sei z. B. der Fall bei den Folgen, die daraus entständen, daß den Arbeitslosen dadurch Beschäftigung verschafft werde, daß allgemein die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt werde. Der durch die verkürzte Arbeitszeit entstehende Lohnausfall soll gemäß dem Antrage zu zwei Dritteln von dem Arbeitgeber ersetzt werden. Der Gedanke sei aber gar nicht so neu. Als während des Krieges der Rohstoffmangel in der Textil- und Schuhindustrie zu einer Verkürzung der Arbeitszeit zwang, bekamen die Arbeiter für den Lohnausfall eine Entschädigung, zu welcher Unternehmer, Reich, Staat und Gemeinde Zuschüsse leisteten.

Dißmann (USP.) weist darauf hin, daß die in den Anträgen festgelegten Forderungen ein Mindestmaß darstellen. Das Arbeitslosenproblem müsse gemeinsam mit den Fragen der Wirtschaft behandelt werden. Redner erinnert an die Probleme im Kohlen- und Eisenerzbau, im Kalibergbau, in der Eisenindustrie, der chemischen und Textilindustrie, der Export- und Luxusindustrie. Er weist auf noch ungelöste wirtschaftliche Fragen in der Landwirtschaft, Urbarmachung von Oedflächen und Herbeischaffung von Düngemitteln hin. Er berührt Fragen des Wiederaufbaues und im Zusammenhang damit behandelt er die Erscheinung auf den Werften, wo entgegen den Versicherungen gehandelt werde, die bei dem Reederei-Abfindungsgesetz betreffend

Belebung der Beschäftigung

gegeben worden seien. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß müsse die Aufgaben des kommenden Winters gesetzgeberisch vorbereiten. Die einzelnen Ministerien müßten dem Ausschuß ein möglichst vollständiges Bild geben über das, was ist und das, was zu erwarten sei. Entgegen der Stellung der Reichsregierung verlangt der Redner eine höhere Unterstützung der Arbeitslosen.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz): Es kommt vor allem darauf an, im Interesse der Arbeitslosenfürsorge Gegenstände herzustellen, für die ein besonders dringendes Bedürfnis vorliegt. Zur Hebung der Produktion braucht man eine möglichst große Zahl ausgebildeter Leute. Die Bedeutung der Ausfuhr für die Produktion wird sehr überschätzt, viel wichtiger ist die Schaffung ausreichender Absatzgebiete im Inlande. — Abg. **Schmidt**-Köpenick (Soz.): Alle Vorschläge bezüglich Wohnungsbau auf dem Lande usw. können nur dann verwirklicht werden, wenn es zu einem Enteignungsgesetz kommt, das nur als Drohgesetz gegen unsoziale und schlecht wirtschaftende Landwirte ausführbar ist.

Abg. **Kahmann** (Soz.) befürwortet den

Bau von Landarbeiterwohnungen

und beklagt das mangelnde Interesse der Großgrundbesitzer für diese Frage. Die Regierung muß mit einem klaren Programm in dieser Sache hervortreten. Man muß feststellen, was die großen Gemeinden und die Länder zur Behebung der Erwerbslosigkeit vorschlagen können. Sind viele Vorschläge zusammen, so muß das Arbeitsministerium gemeinsam mit den übrigen Ministerien einen weitgreifenden Plan zur Lösung des Problems der Erwerbslosigkeit aufstellen. Dabei wäre die Einsetzung eines Reichskommissars mit weitgehenden Vollmachten empfehlenswert.

Eine Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde noch ausgesetzt. — Weiterberatung Dienstag.

Kommunistische Ententediener.

Salzburg, 30. Mai mittags. (WTB.) Am Gesamtergebnis der Volksabstimmung fehlen nur noch die Resultate von 20 kleinen Gemeinden. Bis jetzt wurden 96 000 Stimmen gezählt, von denen 95 000 auf Ja und 700 auf Nein lauten. 300 waren ungültig. Die Wahlbeteiligung betrug nahezu 90 Proz. Die Geistlichkeit des Landes stimmte geschlossen mit Ja. Die Neinstimmen wurden hauptsächlich von Kommunisten abgegeben. In der Stadt Salzburg stimmten 21 000 Wähler mit Ja, 300 mit Nein.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, v. Starck, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht, das genehmigt wurde. Bis zur Ernennung seines Nachfolgers vertritt ihn Ministerialdirektor v. Brandt. Zur Erklärung meldet WTB.: Schon seit einiger Zeit hatten sich im Verhältnis zur Rheinlandskommission in Koblenz Unstimmigkeiten ergeben, auf deren Beseitigung Reichskommissar v. Starck eine Einwirkungsmöglichkeit nicht besaß, die aber dazu führten, daß die Rheinlandskommission die Entziehung des ihm erteilten Agrements zur Erörterung brachte. Von dem Wunsche geleitet, daß nicht etwa Rücksichten auf seine persönliche Stellung ein Hindernis bilden möchten für die wirkungsvolle Vertretung der rheinischen Bevölkerung, hat der Reichskommissar sein Amt zur Verfügung gestellt. Die Reichsregierung bedauert das Scheiden des verdienten Beamten außerordentlich, kann sich aber dem Gewicht der von ihm geltend gemachten Gründe nicht verschließen und hat ihn zunächst bis auf weiteres beurlaubt.

Der neue Pressechef. Wie die „Dena" erfährt, ist entgegen allen anderen Nachrichten die Ernennung des Zentrumsabgeordneten Dr. Anton Höfle zum Pressechef der Reichsregierung als endgültig anzusehen. Höfle ist Direktor des Gesamtverbandes der deutschen Staatsbeamten und Staatsangestellten-Gewerkschaften.

In Luft und Sonne.

Sonntag. Wir sind vor Tag hinausgepilgert, Jungen und Mädchen. An irgendeinem versteckten märkischen See haben wir Rast gemacht und uns häuslich eingerichtet.

Prall brennt die Sonne, glutheiß ist der Sand am Strand. Silbern glänzt das Wasser und lockt zum Bade. Flugs sind die Ersten im leichten Gewand und steigen in das erfrischende Naß. Tollkühne schwimmen weit hinaus, Vorsichtigere bleiben am Strande, legen sich lang in das flache Wasser. Und wieder andere tanzen einen Ringelreihen, wechselvoll in jungfrischem Uebermut.

Und im lockeren Sande springen junge Menschenkinder hoch und weit, laufen behenden Fußes um die Wette, üben Handstand, tanzen altbekannte Volkstreigen, spielen und lachen und krauchen, wenn sie erhitzt sind und ermüdet, auf ihre Decken in den Schatten. Doch nicht lange währt diese Ruhe. Von neuem geht es zu neuer Kurzweil. Ihre Gesichter sind glühend rot, Haare flattern wild in Stirn und Nacken. Heut ist ihr Festtag: Proletarier-Feiertag!

„Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!", so singen ihre jungen Körper.

O weh, wenn ich Philisteraugen in meinem Schädel sitzen hätte! Entrüstung würden sie flammen über dies bunte Gewirr von Mädchen und Knaben. Entsetzen triebe mir das Blut in die Stirn: die schlanken Körper in so prallsitzenden Badegewändern...

Mir deuchte aber, ich hätte die Gabe des Künstlers, und mein Auge suchte Studienobjekte für irgendein lichtvoll Gemälde. O, da fänd ich eben gewachsene Menschengebilde, in Sonnengold getaucht. Menschenzauber!...

Und wär ich Arzt, mein Blick gewahrte auch flachbrüstige, schwächliche Menschen, die unterernährt sind und in Großstadtluft und -beruf verkommen. Aber ich würde sie nicht anstarren, geschweige denn, es ihnen sagen, wie es um ihren Leib bestellt, wenigstens heute nicht. Dann wär all ihr Uebermut und ihre Freude dahin...

Dann wieder denk ich: Ich wär eine Mutter und würde die jungen Mädchenkörper blicken, die ungezwungen, ohne quälend' Korsett und Stöckelschuh, sich dem Auge dargeben; fürwahr, da möcht' ich jedem Mädchen leuchtenden Auges in die Ohren raunen: Stärke deine Glieder in Freiheit und Bewegung — denn deine Zukunft fordert deinen Körper! Das Wort „Mutter" sollte stählernen Willen in ihnen lösen ..

Aber ich bin Politiker schon zu lange Jahre, als daß mich nicht auch andere Bilder bewegten. Ich höre und lese Tag um Tag wahnwitzige und törichte Worte vom Heil der Gewalt. Ich denke wenige Jahre zurück, da sich gesunde, starke Männer in Millionen, bis an die Zähne in Engen geschnürt, in Erde gewühlt, argliftig spähend, mit allen Mordwaffen der modernen Technik bewehrt, auf europäischen Gefilden töteten, die jungen Körper zerfleischten. Ach, ich möchte all jenen die Augen verschließen, die in jungen, frischen Menschengebilden nur Objekte ihrer Gewaltpolitik erspähten, die mit Stabsarztaugen die schlanken Körper auf „K. v." hin musterten.

Nun bin ich wieder mitten in bittern Gedanken. Die Jungen wissen noch nichts von all der tiefen Tragik, vor der sie selbst, ein paar Jahre später, gestanden hätten... Und es überkommt mich plötzlich, wie ich das bunte Spiel überschaue, aufzustehen, und jedem der Jungen gellend in das Ohr zu schreien: Hasset den Krieg! Wehret denen, die das Götzenbild der Gewalt anbeten! Gewalt hat noch immer zerstört, niemals Leben und Schönheit erzeugt!...

Aber ich bin liegengeblieben; es schien mir zu grausam, so düsteres Bild in ihren heil'gen Eifer zu stellen.

Müssen nicht auch ohne offenen Krieg diese jungen Leiber während ihres ganzen Lebens in harter Fron, in unsäglichen Mühen bei harten Entbehrungen und wer weiß was für Trübsal und Not die Sünden leichtfertiger Führer, die Rückschläge unersättlicher Erfolgsanbeter und Gewaltpolitiker in ganzer Schwere auskosten?

Das hist kein Sonnentag, kein Unschuldsgestammel, kein Zukunftshoffen verwischen!

Den schweren, steinigen Weg müssen auch sie.

Ob sie ihren Kindern ein bess'res Land zu weisen haben?

Ich habe nicht weiter gedacht...

Ich sah wieder unschuldvolles Spiel und Treiben. W. B.

Die „Sammelschrift". Der große Chemiker Wilhelm Ostwald, der schon so manche bedeutsame Anregung für Organisation und Vereinfachung unseres wissenschaftlichen Betriebes gegeben hat, macht in seiner neuen Zeitschrift für alle Zweige der Farbkunde „Die Farbe" einen Vorschlag für eine praktischere Gestaltung unseres Bücherwesens. Als „Zukunftsform des Schrifttums" bezeichnet er die Sammelschrift, die zum erstenmal in der Anlage der „Farbe" verwirklicht ist. Eine Sammelschrift wird aus einer unbestimmten Anzahl von Einzelschriften gebildet, die im gleichen Format gedruckt und mit sachgemäßen Ordnungszeichen ausgestattet werden. Durch eine Vereinigung von Gruppen solcher Einzelschriften in „Mappen" entsteht das Sammelwerk, „das sich von einem in Buchform erschienenen Werke ebenso zu seinem Vorteil unterscheidet, wie eine moderne Kartothek von dem veralteten, unhandlichen und unpraktischen Geschäftsbuch". Bisher veröffentlichte der Gelehrte eine wissenschaftliche Abhandlung meist in einer Fachzeitschrift, wo sie mit anderen zusammen in einem Heft gedruckt und veröffentlicht wurde. Eine Anzahl dieser Hefte bilden wieder einen Band, in dem oft hunderte solcher Arbeiten unlösbar aneinander gefesselt sind. Braucht man eine Abhandlung, so muß man den ganzen Band handhaben und oft versenden. Während dieser Zeit sind alle anderen Abhandlungen für jeden anderen gesperrt. Wird solch ein Band bei der Benutzung eines einzigen Aufsatzes beschädigt oder zerstört, so sind auch alle anderen Abhandlungen vernichtet. „Durch die Auflösung des „Bandes" werden alle diese Nachteile beseitigt. Kann jede Schrift einzeln gehandhabt werden, so läßt ihre Benutzung alle anderen frei; es wird also das Mindestmaß von Beanspruchung in jeder Beziehung erreicht."

Schon jetzt sind Sonderdrucke als zweckmäßige Arbeitsmittel besonders hochgeschätzt. Diese Form wird nun durch die Sammelschrift festgelegt, indem jede Abhandlung besonders geheftet, eine Anzahl Einzelschriften zu einer „Mappe" zusammengefaßt und zu den bestimmten Zeitpunkten ausgegeben wird. Auch die Ordnung und Uebersicht dieser Sammelschriften ist sehr viel leichter, als die bisherige Methode, die mit umständlichen Inhaltsverzeichnissen, Einzel-, Gesamt- und Jahresregistern arbeitete. Die Arbeiten können jetzt von vornherein sachlich geordnet werden, indem ein Schema aller möglichen Abteilungen aufgestellt wird und diese Abteilungen mit Ordnungszeichen versehen sind.

Brücken von Ost zu West. Bei Beendigung der Tagung der Gesellschaft für freie Philosophie, die in der Darmstädter Schule der Weisheit stattfand, teilte Graf Keyserling mit, daß die Schule der Weisheit mit dem Osten Beziehungen anknüpft. Bei dem ersten Besuch Rabindranath Tagores war bereits beschlossen worden, mit diesem zusammen zu arbeiten. Tagore wird in Indien an der Stätte der alten Weisheit den Kontakt mit dem Westen herstellen. Das gleiche soll in Deutschland geschehen. Von beiden Seiten sollen befähigte Schüler, vielleicht auch Führerkräfte ausgetauscht werden. Das gleiche ist auch mit China vorbereitet, wo Dr. Karl Wilhelm die nähere Verbindung durch seine Gründung in Peking herstellen wird.

Neue Berliner Theaterpläne. Trotzdem die bestehenden Theater zurzeit mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen haben und obwohl das Bauen sündhaft teuer ist, will Direktor Barnowsky, den die Polter aus dem Lessingtheater ausgemietet haben, auf dem Landesausstellungspark am Lehrter Bahnhof gleich vier neue Theater errichten. Er hat das ganze Gelände (außer den für die Kunst reservierten Ausstellungshallen) gepachtet und plant dort eine Experimentierbühne, ein Sommertheater, ein Freilichttheater (vor dem Hauptrestaurant) und ein großes Theater. Kino und andere Vergnüglichkeiten sollen das Ganze umrahmen. Also eine Art Kopenhagener Tivoli in Berlin?

Theater. Das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg hat den bekannten Baritonisten der russischen Opernbühne Georg Baklanoff für ein einmaliges Gastspiel (am 4. Juni in „Rigoletto") verpflichtet.

Die Gesellschaft für Volksbildung beging am Sonntag die Feier ihres 50jährigen Bestehens.

Ein städtisches Uhrenmuseum in Wien. In Wien kommt demnächst ein städtisches Uhrenmuseum zur Eröffnung. Sein Schöpfer ist Rudolf Kaftan. Den Grundstock des Museums dürfte seine eigene Sammlung liefern. Dazu wurden andere private Sammlungen erworben, so insbesondere die Uhrensammlung der Dichterin Marie v. Ebner-Eschenbach. Das Museum wird seinen Besuchern das historisch getreue Bild der Entstehung und Entwicklung der Uhrmacherkunst gewähren.

Kommunismus der Bücher und Zeitungen. Der Rat der Volkskommissare hat mit Rückwirkung vom 1. Januar 1921 die Versorgung mit sämtlichen Presseerzeugnissen, Büchern und Bildern für unentgeltlich erklärt. Die Versorgung hat durch die Zentralstelle für Presseerzeugnisse und deren Filialen zu erfolgen. — Da die Herstellung von Presseerzeugnissen aber außerordentlich eingeschränkt ist, wird ihre Benutzung immer mehr zum Seltenheitsgenuß.

Groß-Berlin

Berliner Höchstmieten.

Für Berlin ist jetzt die Frage, ob die Miethöchstgrenze in Wohnungen 45 Proz. oder 60 Proz. sein wird. Denn der Berliner Magistrat hat nur 15 Proz. ohne weitere Voraussetzungen zuerkannt (Abgabenzuschlag); weitere 15 Proz. (Reparaturzuschlag) aber nur, falls § 10 der preußischen Höchstmietenverordnung für Berlin außer Kraft gesetzt wird. — Kann der Minister für Volkswohlfahrt diese Bedingung schaffen?

§ 10 zitiert bedeutet, daß die Mieterschaft nicht schlechthin mit einer Mieterhöhung für große Reparaturen belastet ist, sondern nur, sofern sich das Einigungsamt im Einzelfall überzeugt: es ist baulich repariert worden oder es soll und muß baulich repariert werden und die Einnahmen aus dem Hause reichen dafür nicht aus. Auf diese Weise hat der Minister verhindert, daß der Hauswirt bestimmte Einnahmen bei unbestimmtem Verwendungszweck hat und daß ein spekulatives Mehr an Miete entsteht, das sich durch Kauf oder Mehrbelastung des Grundstücks als neue Hauslast festsetzt und weitere Mieterhöhung zur Folge hat. Dem Einigungsamt war damit eine ökonomisch bedeutende Aufgabe zugeteilt, die zu bewältigen es nur imstande war, solange das Verfahren nach § 10 die Ausnahme blieb, als die es gedacht war. „Nur in beschränktem Umfang kommen", so erklärt uns der Minister seine Verordnung im Erlaß vom 6. Februar 1920 — II. 6. Nr. 646 —, „wegen der Geringfügigkeit des gegenwärtig zur Verfügung stehenden Materials bauliche Instandsetzungsarbeiten im Hause oder in den Wohnungen in Frage." Nur für die Zeit dieser Materialienknappheit war der mit § 10 geschaffene Ausnahmezustand gerechtfertigt. Wurde die Anwendung von § 10 die Regel — und das mußte bei der Reparaturbedürftigkeit der weitaus meisten Häuser alsbald eintreten —, so mußte das Einigungsamt versagen, denn es ist außerstande, 70—90 Proz. aller Häuser auf Rentabilität und Reparaturbedürftigkeit zu prüfen.

Insofern kann man verstehen, daß der Berliner Magistrat von § 10 bzw. von der Weiterexistenz dieser Ausnahmebestimmung nichts wissen will. Rechtfertigt das aber das Prinzip in § 10, nämlich das Prinzip der Sicherstellung der Reparaturzuschläge aufzugeben? Wer die Frage bejaht, opfert damit den gesetzlich erstrebten und der eigentlichen Ausnutzung noch harrenden finanzpolitischen Gewinn aus der Höchstmietenverordnung. Die Lasten, deren Teuerung bisher durch Höchstzuschlag abgegolten wurden, waren gewiß und unumgänglich — die Reparaturen sind es nicht. Würde der allgemeine Teuerungszuschlag wegen der Reparatur allgemein erhöht werden, so fehlte die Gewähr, daß das Mehr an Miete dem gedachten Zweck zugeführt wird. Dem Mieter ein Recht der Kontrolle über die Verwendung der Mietbestandteile oder der Rückforderung bei mangelnder Verwendung einzuräumen, dazu fehlt dem Magistrat die gesetzliche Befugnis; im Streitfall könnte lediglich das Einigungsamt die Erhöhung in bedingter Form aussprechen, wie es das jetzt schon häufig getan hat. Die Entwürfe zum Reichsmietengesetz wahren deshalb die Idee der Produktivität des Miete-Mehrs, indem sie den großen Reparaturzuschlag entweder nach Art von § 10 der Höchstmietenverordnung im Einzelfall durch das Einigungsamt festsetzen und sicherstellen oder generell anstatt an den Vermieter an eine besondere Amtsstelle zur planmäßigen Verwendung zahlen lassen. Der erste Weg ist eine Kopie von § 10, deren Treue die veränderte Situation auf dem Baumaterialienmarkt völlig übersieht, und die nicht minder als ihr Vorbild den von mir immer wieder gerügten (an dieser Stelle am 28. Januar 1920) Fehler besitzt, daß sie die Miethöhe in ein umgekehrtes Verhältnis zur Qualität der Gegenleistung setzt. Der zweite Weg kann eben nur im Falle einer Gesetzesänderung beschritten werden.

Aus dieser kurzen Betrachtung folgt, daß die Bedingung, an die der Magistrat die Heraufsetzung auf weitere 15 Proz. (über 45 Proz.) der Miethöchstgrenze geknüpft hat, eine unmögliche Bedingung ist, nämlich einen Weg denkt, der mit dem volkswirtschaftlichen Gedankengefüge der Höchstmietenverordnung und seinem System nicht zu vereinigen ist. Ob die dann übrigbleibende Heraufsetzung der Höchstgrenze auf 45 Proz. für Wohnungen ausreicht, um dem Hauswirt gerecht zu werden, ist eine andere in diesem Zusammenhang nicht zu erörternde Frage. Hinzugefügt kann nur werden, daß die Außerkraftsetzung eines Teils einer preußischen Verordnung für das Gebiet einer einzigen Gemeinde (und wäre es auch die größte) eine Anormalie eigenen Stils wäre und daß die vorstehenden Ausführungen deshalb nicht eigentlich davon ausgehen, ob ein genereller Reparaturzuschlag statt, sondern ob er neben § 10 der Höchstmietenverordnung zulässig ist.

Stadtrat Brumby-Neukölln.

Das Kind ohne Vater.

Leidensweg und Verzweiflungstat einer unehelichen Mutter.

Eine der vielen Großstadttragödien, die im allgemeinen gar nicht in die weite Oeffentlichkeit dringen, fand vor dem Geschworenengericht des Landgerichts III ihr erschütterndes Ende. Niemand wird dem gehetzten und verängstigten Menschenkind sein warmes Mitgefühl versagen, und man darf hoffen, daß das von den Geschworenen befürwortete Gnadengesuch ohne weiteres genehmigt und damit das schwergeprüfte Mädchen der Freiheit wiedergegeben wird. Im übrigen aber ist der Leidensweg des Mädchens der beste Beweis für die dringend notwendige Regelung der Wohlfahrtspflege durch das endlich geschaffene Groß-Berlin.

Unter der Anklage der Kindesaussetzung mit Todeserfolg stand das 27jährige, bisher unbescholtene Dienstmädchen Mathilde König vor den Geschworenen des Landgerichts III. Sie war bei dem Landwirt Schulze in Hohenschönhausen in Stellung. Im Dezember 1920 wurde sie in der Hebammenlehranstalt in Neukölln von einem Mädchen entbunden; der Vater sollte ein Fabrikbote in Hohenschönhausen sein, der aber die Vaterschaft ableugnete. Nach der Geburt des Kindes wohnte die Angeklagte noch einige Zeit bei ihrer Schwägerin, bis ihr diese eines Tages mitteilte, sie mit dem Kinde nicht länger behalten zu können. Von ihrem bisherigen Dienstherrn erhielt sie den Bescheid, sie könne wieder eintreten, wenn sie ihr Kind untergebracht habe. Nun begann für die Angeklagte ein Leidensweg bei den ergebnislosen Versuchen für ihr Kind Unterkunft zu finden.

In dem Kinderheim in der Alten Jakobstraße wurde sie zunächst zur Beibringung einer Bescheinigung der Armendirektion über ihre polizeiliche Meldung aufgefordert. Als sie diese dann beibrachte, wurde die Aufnahme des Kindes abgelehnt, da die Geburt nicht in Berlin erfolgt war. Von der Gattin des Pfarrers von Hohenschönhausen, an die sie sich wandte, bekam sie zu essen und die Adresse eines Kinderheims in Weißensee. Hier wurde die Aufnahme des Kindes abgelehnt wegen Ueberfüllung und da die freien Plätze für Berliner Kinder reserviert seien. Man gab ihr die Adresse eines zweiten Kinderheims, an das sie sich jedoch nach ihrer Angabe wegen Erschöpfung nicht mehr wandte. Sie besaß noch 130 M., will aber davon nichts ausgegeben haben, um die Summe als Anzahlung für die Unterbringung des Kindes in einem Heim zu behalten, und aus diesem Grunde vom Abend des Tages vor Begehung der Tat bis zu dieser nichts mehr gegessen haben. In verzweifelter Stimmung legte sie am 1. Januar nachmittags gegen 4 Uhr ihr Kind nahe der Industriebahn in Hohenschönhausen an einer menschenleeren Stelle in einem Gebüsch nieder, nachdem sie ihm die Wäsche bis auf eine Windel weggenommen hatte. Am nächsten Tage wurde das Kind tot aufgefunden.

Rechtsanwalt Dr. Johanny wies gegenüber der Anklage darauf hin, daß die Angeklagte von Anfang an nie die Absicht gehabt habe, die Tat zu begehen. Durch die auf sie hereingebrochenen Umstände, nämlich Verweigerung der Anerkennung der Vaterschaft, die Abweisung in den beiden Kinderheimen, die Weigerung ihres Dienstherrn, sie mit dem Kinde aufzunehmen, und endlich das eintägige Hungern sei sie buchstäblich zur Verzweiflung gebracht worden. — Die Geschworenen sprachen die Angeklagte der Kindesaussetzung schuldig, verneinten jedoch den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Tat und dem Tode des ausgesetzten Kindes. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis unter voller Anrechnung der erlittenen fünfmonatigen Untersuchungshaft. Die Geschworenen befürworteten ein Begnadigungsgesuch.

Die Höllenmaschine als Geburtstagsgeschenk.

8000 M. Belohnung für die Aufklärung des Verbrechens.

Ein fürchterlicher Anschlag ist auf ein junges Mädchen in Seegefeld verübt, aber zum Glück infolge eines Zufalles und eines unbedeutenden Materialfehlers wirkungslos geblieben.

In Seegefeld wohnt ein Ministerialbeamter Hoschke mit seiner Frau, einem Sohn und einer 16 Jahre alten Tochter Hildegard. Diese beging am 23. d. M. ihren Geburtstag. Am nächsten Tage erhielt sie mit der Post ein Paket, das am 24. nachmittags aufgegeben war. Als der Postbote kam, war der Vater noch im Dienst, der Bruder auch nicht zu Hause und das Mädchen mit der Mutter und dem Dienstmädchen allein anwesend. Die Mutter nahm das Paket in Empfang, löste die Verschnürung und hob den Deckel hoch. Als sie jetzt ein Surren vernahm, wurde sie mißtrauisch, drückte den Deckel wieder nieder und trug das unheimliche Paket nach dem Garten hinaus. Dort sahen sich die Tochter und das Dienstmädchen es nach einer Weile ebenfalls an. Die Tochter hob den Deckel wieder hoch, und abermals begann das Surren. Sie sah jetzt in das Paket hinein und erblickte eine Feder. Unwillkürlich ergriff sie ein Holzstück und steckte es in die Feder hinein, um dem Surren ein Ende zu machen, weil sie es auf die Wirksamkeit dieser Feder zurückführte. Das Surren hörte denn jetzt auch auf. Das Paket blieb ohne Veränderung im Garten stehen, bis der Sohn nach Hause kam. Dieser zerschnitt, um allem Unheil vorzubeugen, die Drähte einer elektrischen Leitung, die er in dem Paket fand. Die Untersuchung des vermeintlichen Geburtstagsangebindes ergab, daß es sich in Wirklichkeit um eine Höllenmaschine handelte, die dem Geburtstagskinde das Leben gekostet hätte, wenn nicht ein kleiner Materialfehler den Plan des Absenders vereitelt hätte. Die Ortspolizei benachrichtete die Berliner Kriminalpolizei. Kommissar Werneburg fuhr mit Beamten und Sachverständigen hinaus, um das Nähere festzustellen und die Ermittelungen nach dem Absender einzuleiten.

Die Ermittelungen führten bereits zu wichtigen Feststellungen. Dem Beamten der Paketannahme fiel bereits ein Klappern in der Sendung auf. Der Aufgeber beschwichtigte seine Bedenken mit der Erklärung, es könne ruhig klappern, das schadet dem Inhalt nichts. Der Bestellbeamte bemerkte nichts an dem Paket. Was den Absender der Höllenmaschine zu dem Anschlag bewogen haben kann, ist noch ganz ungewiß. An einem Anhalt dafür, daß sein teuflischer Plan unmittelbar dem jungen Mädchen selbst gegolten habe, fehlt es ganz. Für die Aufklärung des Verbrechens haben der Polizeipräsident von Berlin 5000 M., der Regierungspräsident von Potsdam 3000 M. Belohnung ausgesetzt. Angaben zur Aufklärung des Anschlages und zur Ermittelung des Täters, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, sind an Kriminalkommissar Werneburg im Zimmer 80 des Berliner Polizeipräsidiums, Hausanruf 433 und 601, zu richten.

Auf der Flucht erschossen. Gestern vormittag wurde in der Nähe des Bornstedter Sees ein Mann festgenommen, der versuchte, beim Erscheinen der Schupobeamten sich zu verstecken. Auf Verlangen zeigte der Unbekannte russische Papiere vor. Da er aber kein Wort russisch vorweisen konnte, wurde er aufgefordert, zur Polizeiwache mitzugehen. Er ergriff aber die Flucht und lief auch auf mehrfache Haltrufe weiter. Die Beamten gaben aus ihrer Dienstpistole zwei Schüsse ab, die den Flüchtling in den Rücken trafen. Er wurde in ein Potsdamer Krankenhaus eingeliefert, wo der Schwerverletzte bald verstarb.

Ein Einbruch bei der Opernsängerin Denera, die ihre Wohnung in der Pariser Straße 20 seit längerer Zeit an eine vermögende Russin Frau Dr. Gurowitsch vermietet hat, wurde gestern verübt. Gestohlen wurden fünf Perser Brücken und eine große Menge Silbergeräte, das der Opernsängerin gehörte und dessen Wert noch festgestellt werden muß. Aus dem Schlafzimmer der Russin fehlten eine Platinarmbanduhr mit Brillanten und eine ovale Brosche, die in der Mitte einen Saphir und rings um diesen neun Brillanten trägt. Die Einbrecher hatten diese Beutestücke in das Deckchen eines Nachttisches eingeschlagen und darin mitgenommen. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Angaben zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Trettin im Zimmer 103 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Selbstmord eines spanischen Generalstabsoffiziers. Der 30jährige spanische Generalstabsoffizier Ramon Dendariena Tourué hat sich gestern abend in seiner Wohnung in Schöneberg erschossen; allem Anschein nach hat er die Tat im Verfolgungswahn begangen.

Eine Mutter sucht ihre Tochter. Vermißt wird seit Mittwoch, den 11. Mai, die 18jährige Frieda Bemcke. Das junge Mädchen war bei Regierungsbaumeister Dörfeld, Berlin W., Bamberger Straße 57, in Stellung und hatte am Mittwoch, den 11. Mai, ihren Ausgang, von dem sie nicht wieder zurückgekehrt ist. Die Vermißte war 1,55 Meter groß, mittelblond und schlank, war bei ihrem Verschwinden bekleidet mit dunkelblauem Mantelkleid (weißer Einsatz), blauem Alpakka-Jackett und schwarzer ins grünliche schimmernder Samtkappe. Da Verschleppung wahrscheinlich ist, so wird gebeten, Nachrichten an das nächste Polizeirevier oder an die Mutter, Frau Szostakowski, Berlin O. 17, Markgrafendamm 9, zu geben.

Der Berliner Mieterverband (Ortsgruppe Neukölln-Brit) nahm kürzlich die Neuwahl seines Vorstandes vor, der sofort in Tätigkeit trat und ausdrücklich betonte, daß der Mieterverband lediglich Wirtschaftsfragen zu lösen berufen sei und jede parteipolitische Tätigkeit grundsätzlich ablehne. Diese Verkündigung wurde beifällig von der Versammlung, die in Kliems Festsälen tagte, aufgenommen.

Das Luftbad des Ostens in Friedrichshagen ist wieder eröffnet. Im Kurpark dicht am Bahnhof belegen bietet es mit

---

Stine Menschenkind.

[78]

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Nexö.

Bald darauf kam Schwester Else herein, sie hielt Pauls Holzschuh in der Hand; unten in den Dünen stand ein johlender Kinderschwarm; man konnte es Else ansehn, daß das ihr galt. Ihre Augen waren gerötet. Sie sagte nichts, ging in die Stube hinein und stellte sich ans Fenster. Da stand sie und betrachtete die Schwester, ließ die Augen an ihr auf und nieder laufen. „Was gafft du, Mädel!" sagte Stine endlich, mit rotem Kopf. Else ging und begann, der Mutter zu helfen. Seitdem ruhten ihre forschenden Augen oft auf Stine, es wurde eine rechte Plage.

Aber mit Christian war es fast am schlimmsten, denn er sah sie überhaupt nicht. Meistens war er unterwegs und fand sich nur zu den Mahlzeiten zu Hause ein; er kam, wenn die andern schon beim Essen waren und schob sich auf seinen Platz, die Mütze auf den Knien — bereit, sich wieder aus dem Staube zu machen. Er sah keinen von der Familie an, hatte überhaupt keinen Blick mehr. Redete ihn jemand an, so daß er es nicht vermeiden konnte, zu antworten, so klang seine Stimme grob und abweisend. Das quälte Stine; er war das schwierigste von den Kindern, darum hatte sie ihn am liebsten. Er brauchte das.

Eines Tages fand Stine ihn oben auf dem Speicher. Er saß unterm Dach und hielt eine alte Fischleine auf dem Schoß; es sollte so aussehn, als ob er emsig beschäftigt damit wäre. Auf den Wangen hatte er nasse Streifen.

„Was sitzt du denn hier?" sagte Stine und versuchte, eine erstaunte Miene zu machen.

„Was geht das dich an!" antwortete er und trat sie gegen das Schienbein.

Sie sank auf eine Kiste hin, saß zusammengekauert da und wiegte sich hin und her, die Hände um das Bein gefaltet. „Aber Christian, lieber Christian," jammerte sie.

Christian sah, daß sie ganz weiß im Gesicht war, und kroch aus seinem Versteck hervor. „Ihr könnt mich doch in Ruhe lassen," sagte er, „ich hab' euch nichts getan." Trotzig stand er da, starrte an ihr vorbei und wußte weder aus noch ein.

„Wir haben dir doch auch nichts getan," sagte Stine. Es klang so elend und schuldlos.

„O, ihr meint vielleicht, daß man dumm ist und nichts sehen kann! Man prügelt sich mit den anderen herum und gibt ihnen eins in die Fratze — und dann ist's doch wahr!"

„Was ist denn wahr?" Stine unternahm noch einen Versuch. Aber dann gab sie's auf und sank in sich zusammen; sie schlug die Schürze vors Gesicht.

Christian machte sich hilflos an ihren Händen zu schaffen. „Brauchst doch nicht gleich zu heulen!" sagte er. „Das ist dumm. Ich wollt' dir auch keinen Fußtritt geben — ich hab' mich bloß so geärgert."

„Ach, das macht nichts," erwiderte Stine schnaubend. „Du darfst mich treten — ich bin nichts Besseres wert." Sie versuchte zu lächeln und erhob sich; Christian faßte sie an, um ihr auf die Beine zu helfen. Aber er ergriff nur den Aermel ihres Kleides; es war, als ob er Angst davor hatte, sie selbst anzurühren. Dasselbe hatte sie bei den andern beobachtet; sie lehnten sich nicht mehr an sie, empfanden geradezu Scheu vor ihrem Körper. Etwas, das sie nichts anging, hatte jetzt teil daran.

„Ach, Christian — ich hab' nichts dafür gekonnt — es ist nicht meine Schuld!" Sie hielt seine Wangen umfaßt und sah ihm in die Augen.

„Das weiß ich wohl," sagte er und wandte das Gesicht von ihr ab — „und ich mach' dir auch keine Vorwürfe. Aber ich werd's ihnen heimzahlen!" Damit lief er die Treppe hinunter und hinaus durch die Giebelluke sah sie ihn über die Dünen davon eilen, in nordöstlicher Richtung.

„Wo steckt Christian?" fragte Lars Peter, als die Familie beim Abendbrot saß. „Er sollte mir helfen, das Wasser aus dem Boot zu schöpfen." Niemand wußte es; Stine hatte ihre Zweifel, getraute sich aber nichts zu sagen. Als es Zeit war, zu Bett zu gehen, war er immer noch nicht zurückgekommen. „Dann strolcht er wieder herum," sagte Lars Peter niedergeschlagen. „Da hat man sich darüber gefreut, daß er von der Krankheit kuriert sei, hat er doch ein ganzes Jahr oder länger nicht mehr vagabundiert . . . ja, seitdem er dich auf dem Bakkehof aufgesucht hat, Stine."

Am nächsten Morgen brachte ihn ein fremder Mann. Sörine ging in die Küche. „Hier ist ein Junge, der gewiß hierher zu euch gehört," sagte der Fremde und schob Christian in die Küche hinein.

Lars Peter erschien auf der Bodentreppe; er war soeben von der See nach Hause gekommen und war im Begriff, sich schlafen zu legen. „Was is nu entzwei?" fragte er und sah von dem einen zum andern.

„Heut' nacht ist uns eine Strohmiete abgebrannt, und heut' morgen hab' ich den da vor dem Gehöft versteckt gefunden. Es ist wohl der reine Zufall gewesen, daß nicht mehr draufging." Der Mann sagte es gedämpft, ohne Leidenschaft.

Lars Peter gaffte dumm vor sich hin, als begriffe er nichts. „Das ist mir denn doch ein bißchen zu bunt — was geht euer brennender Strohdiemen den Jungen an? Er ist doch nicht der Brandstifter, soviel man weiß!" Christian heftete seine Augen trotzig auf ihn. Du darfst mich prügeln! erklärten sie.

„Dazu ist ja nichts zu sagen — wie die Sachen liegen," sagte der Fremde.

Lars Peter ahnte den Zusammenhang. „Ist das etwa der Sohn vo mBakkehof?" fragte er. Der Mann nickt. „Ja . . . dann ist man weiß Gott billig meggekommen," sagte er mit unheimlichem Lachen. „Es wäre nicht zu viel für euch gewesen, wenn euch die ganze Kiste überm Kopf abgebrannt wäre, aber der Bursche soll deshalb doch eine Tracht Prügel kriegen. Jetzt mach', daß du ins Bett kommst! — — Uebrigens hätt' ich wohl Lust, auch mit dir mal ein ernstes Wort zu reden," sagte Lars Peter zu dem Besucher, während er eine Jacke überwarf.

„Ja, unsereins hätt' wohl auch Lust, mit dir zu reden," erwiderte der Sohn vom Bakkehof. Lars Peter stutzte — — diese Antwort hatte er nicht eben erwartet.

Sie gingen zusammen langsam ins Land hinein. „Nun, wie hast du dir nun gedacht, dich mit dem Mädel auseinanderzusetzen?" fragte Lars Peter, als sie die Hütten hinter sich hatten.

„Das müßt ihr hier bestimmen!" sagte Karl.

„Soll das heißen, daß du die Vaterschaft vor der Welt anerkennen willst?"

Karl nickte. „Ich hab' nicht vorgehabt, mich darum zu drücken," sagte er und sah Lars Peter aufrichtig an.

„Das ist doch wenigstens etwas!" Lars Peters Stimme klang ganz erfrischt. „Dann könnt ihr also heiraten — wann's sein soll."

(Forts. folgt.)

feinem prächtigen Baumbestand und dem Blick auf das viel umstrittene idyllische Erpetal bei mäßigen Eintrittspreisen einen angenehmen Aufenthalt. Turngeräte, Sandspielplätze, Brausen, Herren- und Damenbad sind vorhanden.

Bahnsteigdauerkarten werden vom 1. Juni ab auf den Berliner Bahnhöfen als eine neue Form von Ausweiskarten zum Betreten des abgesperrten Teiles der Bahnhöfe gegen eine Gebühr von 10 M. für die Dauer eines Kalendermonats für solche Personen eingeführt, die zu den abgehenden Zügen Bahnhofsbriefe und Zeitungen bringen.

Die bau- und wohnungspolitischen Aufgaben der neuen Stadtgemeinde. Zu der Notiz in unserer Abendausgabe vom 28. d. M. wird uns berichtigend — um Mißverständnissen vorzubeugen — mitgeteilt, daß sich die genannten Organisationen auf Einladung des „Ansiedlungsvereins Groß-Berlin" zu der Unternehmung zusammengefunden haben. Außer den in der erwähnten Notiz genannten Organisationen haben u. a. nunmehr auch die „Reichs-Arbeitsgemeinschaft für Siedlungswesen" und das „Provinzialkartell Berlin des Deutschen Beamtenbundes" durch Zuschriften an den Ansiedlungsverein ihr starkes Interesse an der Versammlung ausgedrückt. Auch von diesen Organisationen ist eine lebhafte Beteiligung an der am morgigen Dienstag, abends 8 Uhr, im Lehrervereinshause am Alexanderplatz stattfindenden öffentlichen Versammlung zu erwarten.

Im Kinderhaus findet wieder unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege statt mit praktischen Uebungen, wöchentlich einmal. Meldungen schriftl. oder mündl. im Bureau des Kinderhauses von 2—6 Uhr, Binnenstr. 97.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Hagel findet am Dienstag, den 31. Mai 1921, in der Brauerei Happoldt, Hasenheide 32—38, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr. Vorverkauf bei A. Wertheim, Leipziger Straße, in der Berliner Gewerkschaftskommission Engelufer 15, im Zigarrengeschäft von Horsch und in dem betreffenden Konzertsaal. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1,50 M. Kassenöffnung 7 Uhr.

Potsdam. Die „Vorwärts"-Ausgabestelle für Potsdam befindet sich vom 1. Juni ab bei Herrn Adolf Wengler, Brandenburgstraße 59. Fernsprecher Nr. 1307. Wir bitten, Bestellungen dort abzugeben.

Prenzlau. Wir bitten alle unsere Abonnenten, welche die Zeitung bisher vom Genossen Kersten bezogen haben, ihre Adressen sofort beim Genossen Loose, Schnelle 72, abzugeben, weil dieser die Verteilung der Zeitung vom 1. Juni ab besorgt.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Milch im Juli. Die Milchkarten für Juli 1921 werden in sämtlichen Bezirken des neuen Berlin in den nächsten Tagen ausgegeben und zwar in Berlin für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Mittwoch, den 8. und Donnerstag, den 9., für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Freitag, den 10. und Sonnabend, den 11. Juni 1921. Ferner gelangen nur noch Karten für werdende Mütter, A-Karten, und zwar durch die Brotkommissionen zur Ausgabe.

Infolge teilweiser Aufhebung der Zwangswirtschaft werden bereits vom 1. Juni 1921 ab die CI, CII, DI, DII, DIII und Alterskarten nicht mehr beliefert. Die in Händen der bezugsberechtigten Kranken befindlichen Milchkarten 1-, ¾-, ½- und ¼-Liter-Krankenkarten, werden bis zum Ende des Monats Juni mit je ¼ Liter Frischmilch beliefert. Vom 1. Juli 1921 ab erhalten die 1-, ¾- und ½-Liter-Krankenkarten je ¼ Liter Frischmilch. Die ¼-Liter-Krankenkarten werden vom 1. Juli 1921 ab nicht mehr beliefert. Vom 1. August d. J. ab hört die Belieferung aller Krankenkarten vollkommen auf.

Die Belieferung der Kinderkarten bis zum 4. Lebensjahre und der A-Karten (Karten für werdende Mütter) wird noch besonders bekanntgegeben. Die auf Milchkarten und Bezugsscheine zu verabfolgende Milch ist zu dem verbilligten Milchpreise von 3 M. an die Bezugsberechtigten abzugeben. Den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersstufen zustehen, sind sämtliche Milchkarten an einem Tage zu verabfolgen. Die Inhaber von Milchkarten haben die Julimilchkarten bis zum 23. Juni d. J. einschließlich dem Kleinhandler vorzulegen. Es dürfen sich Inhaber von AI, AII, BI, BII und A-Karten (Karten für werdende Mütter) nur in den durch Plakat gekennzeichneten A- und B-Milchgeschäften, Inhaber der übrigen Karten nur in den durch Aushang kenntlich gemachten C-Milchgeschäften zum Bezuge von Vollmilch anmelden.

Nährmittelbezugsscheine über je 1½ Pfund werden an die am 1. Juli 1920 und später geborenen Kinder, Bezugsscheine über je 1 Pfund Nährmittel an die in der Zeit vom 1. Juli 1919 bis zum 30. Juni 1920 geborenen Kinder zusammen mit den Julimilchkarten verausgabt.

Die 23. Brotkommission, Gneisenaustr. 7, wird am 17. Juni d. J. mit der 20. Brotkommission dorselbst vereinigt. Die vergrößerte 20. Brotkommission, welche Rektor Feitzin führen wird, eröffnet ihren Betrieb am 18. Juni d. J.

Filmschau.

„Die junge Mama." In den Ufa-Lichtspielen, Tauentzienstraße, erlebte der Film „Die junge Mama" seine Uraufführung. In diesem Spiel sucht und findet eine junge gräfliche Witwe unter humoristischer Beihilfe eines Detektivbureaus den — allerdings sehr ausgewachsenen — illegitimen Sohn ihres verstorbenen erheblich älteren Ehegatten wieder. Selbstverständlich schenkt Fortuna ihr, der vorübergehend gänsehütenden, am Schluß des fünften Aktes einen zweiten Gatten in der Gestalt eines richtiggehenden Prinzen, der sich ihr in der Maske eines Leibjägers genähert hat. Die gesamte Aufmachung des Films ist vorbildlich, ebenso die Darstellung, bei der in der Titelrolle die routinierte Eva May hervorragt. Einen Sondererfolg konnte Henry Bender als Karikatur eines Detektivs buchen, der bei seiner Korpulenz eine bewundernswerte Beweglichkeit entfaltet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 31. Mai:

8. Abt. 7½ Uhr beim Genossen Drogge, Diesfenbachstr. 37, Handzettel abholen.
13. Abt. Bezirksführer und Funktionäre Handzettel abholen bei Steinke, Ritterstr. 115.
29. Abt. 7 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre und Kreisvertreter bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
86. Abt. Schöneberg. 8 Uhr Vorstandssitzung beim Gen. Gürlich.

Morgen, Mittwoch, den 1. Juni:

16. Abt. 7 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Schuckert, Wilhelmsaher Str. 3. Wichtige Tagesordnung.
17. Abt. 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Murrer, Caprivistr. 8. Sämtliche Bezirksführer, Betriebsvertrauensleute, Elternbeiräte und Frauenagitationsmitglieder müssen erscheinen.
22. Abt. 7½ Uhr bei Bauer, Große Frankfurter Str. 1, Sitzung sämtlicher Funktionäre, Betriebsvertrauensleute und Elternbeiräte.
45. Abt. 7½ Uhr Sitzung des Abteilungsvorstandes mit den Bezirksführern bei Pose, Kolonistr. 15.
46. Abt. 7 Uhr bei Groll, Hennigsdorfer Str. 10, Versammlung der Elternbeiräte. Ref. Gen. Hennicke. „Vorwärts"-Leser und Parteifreunde willkommen.
120. Abt. Heinersdorf. 7½ Uhr Zahlabend im Restaurant Lüde, Kaiser-Wilhelm-, Ecke Blankenburger Straße. Unsere Genossen in den Laubenkolonien sind besonders eingeladen.
141. Abt. Rosenthal. 8 Uhr Funktionärsitzung bei Petran, Hauptstr. 15. Erscheinen sämtlicher Funktionäre unbedingt erforderlich.
Britz. Durch den Ortselternbeirat findet eine Besichtigung der Gartenarbeitsschule Neukölln statt. Alle Eltern und Lehrkräfte sind dazu eingeladen. Treffpunkt ½11 Uhr vorm. an der Kanalbrücke Rudower Straße.

Frauenabende.

Dienstag, den 31. Mai:

53. Abt. Charlottenburg. 7½ Uhr bei Luz, Ufastr. 1. Thema: „Was kann die Frau für den Sozialismus tun?". Ref. Gen. Pfarrer Bleier.
86. Abt. Mariendorf. Der Frauenabend findet nicht in der Schule Königstraße, sondern bei Hoch, Chaussee-, Ecke Bergstraße, 7½ Uhr, statt.

Mittwoch, den 1. Juni:

54. Abt. Charlottenburg. 7½ Uhr im Rest. „Zum Birnbaum", Galvanistr. 13. Thema: „Wie können die Frauen für den Sozialismus arbeiten?". Ref. Gen. Pfarrer Bleier.

•

81. Abt. Friedenau. Ausflug der Frauengruppe nachmittags 3 Uhr. Treffpunkt an der Kirche Friedrich-Wilhelm-Platz, Abmarsch nach dem Walde bei Dahlem. Getränke mitbringen.

Parteischule. Die Schlußvorträge über sozialistische Lebensführung von Gen. Dr. Richtenhauser finden Dienstag, den 31. Mai und Dienstag, den 7. Juni, abends 7½ Uhr, im Saal der Juristischen Sprechstunde, Lindenstraße 3, statt.
48. Abt. Das Waldfest findet am 12. Juni statt. Abzeichen sind bei den Bezirksführern zu haben.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: NW. 40, In den Zelten 23.

Dienstag, den 31. Mai:

Neukölln-Nord: Friedelstr. 36, Diskussion: „Was wird uns der Reichsjugendtag bringen?" — **Reinickendorf-Ost:** Hausotterstr. 46 (Rheingold), Diskussion: „Der Bezirksjugendtag in Neuruppin". — **Tegel:** Bahnhofstr. 15, Vortrag: „Eine Reise nach dem Orient".

Aus aller Welt.

17 Bergarbeiter im Schacht ertrunken!

Das wolkenbruchartige Unwetter, das am Freitag und Sonnabend in Mitteldeutschland niederging, hat ein schweres Unglück in den anhaltischen Kohlenwerken, Abteilung Zechau, zur Folge gehabt. Durch das Hochwasser des Erlenbaches hatte sich ein Stausee gebildet, der am Sonnabend vormittag plötzlich in den Idaschacht eindrang, in dem sich 21 Bergleute befanden. Vier von ihnen konnten sich retten, die übrigen 17 sind in der Flut umgekommen.

Zu dem 11. Bundestag der Arbeiter-Stenographen (Arends) in Leipzig waren Vertreter aus allen Teilen Deutschlands erschienen. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Bund die größte stenographische Arbeiterorganisation ist. Die Zahl der Mitglieder ist nach dem Kriege wieder gestiegen. Unterrichtet wurden seit dem letzten Bundestag an 12000 Teilnehmer. Das Bundesorgan „Der Arbeiter-Stenograph" hatte wie alle anderen Zeitungen unter der Papierteuerung zu leiden. Das monatliche Erscheinen ist nunmehr gesichert. Die Gau- und Ortsvertreter führten lebhafte Klage über die von einzelnen Stadtverwaltungen erhobenen Kosten für Schulzimmer. Der Bundestag fordert dem sozialistischen Parteiprogramm entsprechend Lehrmittelfreiheit und daß die sozialdemokratischen Kommunalvertreter energisch bei den betreffenden Gemeinden und Stadtverwaltungen für die unentgeltliche Bereitstellung der Schulräume hinwirken. Er verpflichtet sich ferner dahin zu wirken, daß die Volkskurzschrift in den Volksschulen eingeführt wird, und zwar auf der Grundlage der buchstäblichen Schreibung und unter Fortlassung sämtlicher Kürzungen, als Vollschrift. Nur eine solche Schrift ist für das gesamte Volk und die Volksbildung zu begrüßen. Zum Bundesvorsitzenden wurde Landtagsabgeordneter Gustav Richter-Lahr einstimmig wiedergewählt. Als Sitz der Preßkommission wurde Berlin bestimmt. Die Zentralleitung für brieflichen Unterricht wurde Louis Flach, Frankfurt a. M., Böttcherstraße, übertragen.

Aus dem Joch in den Tod. Aus Kalkutta wird gemeldet: Die Bewegung der indischen Arbeiter der Tee-Plantagen, die „unter Einfluß politischer Agitatoren" in Massen das Gebiet von Assam verließen, geht zurück, die Lage der Flüchtlinge aber wird sehr schwierig. So gibt es in Shandpur eine Anzahl Flüchtlinge, die ihre Reise mit einem Dampfer fortzusetzen versuchten, um in ihre Heimat zu gelangen. Sie wurden jedoch in Shandpur zurückgehalten, weil sie ihre Reise nicht bezahlen können. In dem Gebiete greife auch die Cholera um sich. Nach einer späteren Meldung versuchten die Teearbeiter auf einen Dampfer zu dringen, sie wurden aber vertrieben. Dreißig von ihnen wurden leicht verletzt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Charlottenburger Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt. Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 Uhr, wichtige Besprechung aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossinnen und Genossen im Rathaus, Sitzungszimmer 1. Gäste willkommen. — **Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener.** Gruppe Norden 2. Sitzung Donnerstag, abends 7½ Uhr, im Restaurant „Berolina-Festsäle, Schönhauser Allee 28. — **Verein Berliner Rechnaller.** Mittwoch, den 1. Juni, 7½ Uhr, im Sitzungssaal der Physik.-Techn. Reichsanstalt, Abt. 2, Charlottenburg, Werner-Siemens-Str. 5—12. Vortrag des Regierungsrats A. Blaschke: „Ueber Normalisierung der Gewinde".

Sport.

Rennen zu Karlshorst. 1. Wohlfahrts-Jagdrennen. 1. Lara (Wihan), 2. Rotbart (Ulbrich), 3. Barbar (Walt. Heuer). Tot.: Sieg 60 : 10, Pl. 14, 41, 15 : 10. Ferner liefen: Fahrwohl, Inka (angeb.), Sandale (gef.), Schwerta (gef.), Spinne, Prise. — 2. Preis von Stargardt. 1. Pan Demon (v. Pelzer), 2. Cerberus (v. Dörnberg), 3. Orianne (v. Keller). Tot.: Sieg 19 : 10, Pl. 13, 15, 21 : 10. Ferner liefen: Roto, Mixi, Rustic, Pavo. — 3. Blumenhof-Hürdenrennen. 1. Lauscherin (Kränzlein), 2. Taktfest (Kukulies), Libelle (Buchholz) gef. Tot.: 20 : 10, Weite. — 4. Germania-Rennen. 1. Totila (Bismarck), 2. Albrich (Rosh), 3. Hunding (Izmeny). Tot.: 23 : 10, Pl. 13, 18, 15 : 10. Ferner liefen: Majoratsherr, Jasjolda, Bonnewar, Biedermann II. — 5. Kramsta-Erinnerungsrennen. 1. Lustig (v. Keller), 2. Steinborger (v. Rerchem), 3. Capitalist (v. Pelzer). Tot.: 34 : 10, Pl. 15, 13, 13 : 10. Ferner liefen Freundlich, Erich G. — 6. Ausgleich der Vierjährigen. 1. Tanz (Kukulies), 2. Monitor (E. Lüneberger), 3. Romberg (H. Teichmann). Tot.: 38 : 10, Pl. 14, 12, 13 : 10. Ferner liefen: Mur, Seni, Fischerin, Villego. — 7. Preis von Joachimstal. 1. Skarabao (P. Lewicki), 2. Baltasar (Stolpe), 3. Orkus (H. Teichmann). Tot.: 24 : 10, Pl. 13, 14, 14 : 10. Ferner liefen: Einhart ausg., Belladonna, Elomer, Lucifer, Polonia.

Arbeitersport.

Resultate der Wettkämpfe vom Reichs-Arbeiter-Sporttag (Stadionfest). 100-Meter-Lauf: Männer: 1. Preetz (ASC.) 11,4 Sek., 2. Pfarr (Schöneberg-Berlin) 11,5 Sek. — Turnerinnen: 1. Grund (Wilmersdorf) 14,1 Sek., 2. Niemeyer (Charlottenburg) 14,3 Sek. — Jugendliche: 1. Plemer (Fichte-Ost) 12 Sek., 2. Spickermann (Fichte-Ost) 12,2 Sek. — 3000-Meter-Lauf. Männer: 1. Makensie (Wilmersdorf) 9 Min. 37,4 Sek., 2. Heintz (Fichte-Ost) 9 Min. 44,8 Sek., 3. Krause (Charlottenburg) 9,58 Min., 4. Hermann (Schöneberg-Berlin) 10,6 Min. — 1500-Meter-Lauf. Jugendliche: 1. Timm (Weißensee) 4,48 Min., 2. Beyer (Fichte 3) Brustbreite zurück, 3. Siebmann (Fichte-Südost) 4,50 Min. — Staffetten. Männer 10×100 Meter: 1. Fichte 1 Min. 50,9 Sek., 2. ASC. 2 Min. — Turnerinnen 5×100 Meter: Fichte 1 Min. 13,8 Sek., 2. Wilmersdorf 1 Min. 14,3 Sek. — Jugendliche 5×100 Meter: 1. Fichte 1 Min. 6,4 Sek., 2. Schöneberg 1 Min. 7,2 Sek. — Olympische Staffette: 1. ASC. 3 Min. 52,6 Sek., 2. Wilmersdorf 4 Min. 0,2 Sek., 3. Fichte 4,3 Min. — Hochsprung. Männer: 1. Zein (Fichte-Moabit) 1,64 Meter, Lippert (Lichtenberg), Weber (Fichte-Gesundbr.), Uebel (Weißensee) je 1,58 Meter. — Turnerinnen: Setzu und Eichhorn (Charlottenburg), Schulz (Lichtenberg) je 1,20 Meter. — Weitsprung. Jugendliche: 1. Kunze (Lichtenrade) 5,52 Meter, 2. Kroll (Lichtenberg) 5,05 Meter. — Diskuswerfen. Männer: 1. Kallweit (Fichte-Moabit) 30,78 Meter, 2. B. Simon (Fichte-Gesundbr.) 30,27 Meter. — Speerwerfen. Jugendliche: 1. Schwabe (Fichte 14) 38,50 Meter, 2. Kunze (Lichtenrade) 32,20 Meter. — Kugelstoßen. Männer: 1. Torband (Fichte-Moabit) 10,09 Meter, 2. Starke (Fichte-Ost) 10 Meter (Verkampf 10,33 Meter). — Fußball (Auswahlmannschaften) schwarzweiß gegen blau 4 : 2 (2 : 1).

Arbeiter-Sportkartell Weißensee. 18. Verwaltungsbezirk Groß-Berlin. Heute Sitzung sämtlicher Interessenten des Jugendamtes abends 7½ Uhr bei Masche, Berliner Allee 251.

Arbeiter-Olympiade in Prag. Aktiv beteiligen sich 30 000 Mitglieder der Arbeiter-Turnvereine der Tschechoslowakischen Republik. Es kommen jedoch aus allen Ländern Mitglieder der Arbeiter-Turnvereine. Gemeldet sind besonders starke Expeditionen aus Deutschland, Oesterreich, Amerika, Finnland, Jugoslawien. Die Festtage sind auf den 25. Juni bis inkl. 29. Juni festgesetzt. Am 26. Juni werden internationale Wettkämpfe für Leichtathletiker abgehalten. Allen Teilnehmern wurde auf den tschechoslowakischen Bahnen eine 50proz. Fahrpreisermäßigung, sowie Befreiung des Paßvisums gewährt. Die Verpflegung erfolgt um 12 Kr. täglich und besteht aus Frühstück, Mittagessen und Abendmahl. — Auskünfte erteilen alle Konsulate der Tschechoslowakischen Republik.

Die Tagung der deutschen Bergarbeiter.

Gießen, 29. Mai.

Die 23. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands trat heute abend 7 Uhr im Hotel „Einhorn" zusammen. Es nehmen an ihr rund 230 Vertreter teil, darunter 150 stimmberechtigte Delegierte. Sehr groß ist die Zahl der Gäste. Aus dem Ausland sind anwesend Adolf Pohl-Teplitz, Karl Brozik-Teplitz, Adalbert Brda-Mährisch-Ostrau, Josef Dejardin-Brüssel und Nikolaus Detfier-Holland. Den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vertritt Paul Umbreit-Berlin, ferner haben eine Reihe verwandter Organisationen Delegierte entsandt. Der frühere Vorsitzende des Verbandes, Hermann Sachse, ist als Vertreter des Kalisyndikats anwesend. Abg. Rch. Löffler-Berlin vertritt den Reichskohlenverband. Das Reichswirtschaftsministerium ist durch Wilhelmine Kähler-Berlin und Abg. Rit. Osterroth-Berlin vertreten. Für die Stadtverwaltung Gießen ist Bürgermeister Krenzien anwesend.

Die Tagung eröffnet der zweite Vorsitzende des Verbandes, Waldhecker-Bochum. Zunächst begrüßt namens des Gießener Gewerkschaftskartells Stephan-Gießen den Kongreß. Er mahnte zum Zusammenhalten und zur Einigkeit der organisierten Arbeiterschaft, denn es geht

um das Sein oder Nichtsein der Arbeiterklasse.

Nicht nur die Gießener Arbeiterschaft, sondern die ganz Deutschlands sehe auf die Verhandlungen. Er hofft, daß Meinungsverschiedenheiten ruhig und sachlich ausgetragen werden. Glück auf, zur Arbeit!

Bürgermeister Krenzien-Gießen überbrachte die Grüße und Glückwünsche der Stadt Gießen. Er würdigte die hohe Bedeutung des Verbandes für unser Wirtschaftsleben.

Die eigentliche Eröffnungsrede hielt hierauf Verbandsvorsitzender Abg. Hüsemann-Bochum, der bedauerte, daß nicht alle Mitglieder auf der Generalversammlung vertreten sind: Oberschlesien, das so wichtige Gebiet für die Bergarbeiter, hat durch die dortigen gegenwärtigen Zustände keine Delegation entsenden können. Wir werden die oberschlesischen Kollegen nicht im Stiche lassen und hoffen, daß sie auch in dieser schweren Zeit treu zum Verband halten. (Bravo!) Wir haben den Verbandstag nach Gießen einberufen, weil unser Verband in diesem Bezirk in den letzten Jahren eine glänzende Entwicklung genommen hat. Wir haben in den letzten Jahren eine schwere Zeit durchgemacht, wir hoffen aber, daß

die Internationale wieder einig und geschlossen

erstehen wird. Husemann begrüßt die ausländischen Delegierten und fährt dann fort: Wir begrüßen besonders die kämpfenden Kameraden jenseits des Kanals; wir verfolgen ihre Kämpfe und werden ihnen hilfreich zur Seite stehen. Wir haben Vorsorge getroffen, daß deutsche Kohlen nicht hinübergeschickt werden können nach England. (Beifall.) Wir wollen aber ferner gedenken unserer kämpfenden Kameraden in Oesterreich und deutschen Bergrevieren. Redner erinnert sodann an die schweren Kämpfe der Bergarbeiter im Ruhrgebiet in den Jahren 1894/95, die nicht umsonst gewesen seien. Die Ziele, die damals gesteckt, seien zum Teil erreicht und der Verband bei diesen Kämpfen stark geworden. 467 000 Mitglieder könne die Organisation heute mustern, aber dies sei noch nicht genug, alle im Bergbau Beschäftigten müßten dem Verband angeschlossen sein. Im Kämpfen und Ringen ist die Organisation stark geworden. Groß sind die Aufgaben, die vor uns stehen. Es muß versucht werden, das, was der Krieg zerstört, wieder aufzubauen. Auch wir wollen daran mitarbeiten, aber

nicht als Sklaven der Kapitalisten,

sondern als freie Bürger. Dem Internationalismus des Kapitals müssen wir die Internationale der Arbeiter entgegensetzen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen an Stelle der kapitalistischen Wirtschaft die sozialistische Gemeinwirtschaft. Zur Durchsetzung dieses Zieles brauchen wir aber die Einigkeit der gesamten Bergarbeiter, eine einige Gesamtarbeiterschaft. Statt dessen sehen wir Zerreißung der Arbeiterschaft. Unsere Tagung soll zur Einigkeit und Geschlossenheit beitragen, dann können wir gewiß sein, daß unsere Arbeit nicht vergebens sein wird. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende des belgischen Bergarbeiterverbandes, Dejardin-Brüssel überbrachte die Grüße der belgischen Kameraden. Seine im kameradschaftlichen Geiste gehaltenen Ausführungen wurden mit stürmischer Zustimmung aufgenommen. Er sagte, die belgischen Kameraden würden solidarisch den deutschen Kameraden in dem Kampfe gegen das Kapital und gegen den Militarismus zur Seite stehen. Wir haben die gleichen Interessen wie Sie. Es freut uns, daß wieder aufgerichtet werden soll, was bei uns zerstört worden ist. Gegen den Versuch eines neuen Kriegs müssen wir einmütig auftreten, dazu ist notwendig

Einigkeit in der Heimat und Einigkeit in der Internationale.

Seien wir uns der Macht bewußt, die die internationale Arbeiterschaft darstellt. Bleibt einig und geschlossen!

Die Generalversammlung konstituierte sich hierauf. Als Vorsitzende werden gewählt Husemann, Waldhecker-Bochum und Pieper-Dortmund, denen eine Reihe Schriftführer zur Seite stehen. Nach der Wahl verschiedener Kommissionen wurde beschlossen, daß zum Geschäftsbericht ein Redner der Opposition 60 Minuten Redezeit erhält. Bei Beratung des Punktes „Die Arbeitsgemeinschaften" wird ein Korreferat zugelassen. Die Tagesordnung wird wie vorgesehen festgesetzt.

Zur Unterstützung der kämpfenden englischen Kameraden wird, wie schon berichtet, einstimmig beschlossen, aus den Mitteln der Hauptkasse 1 Million Mark zu bewilligen, ferner soll aus den Mitteln der Zahlstellen pro Mitglied 3 M. gewährt werden.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Der 7. Verbandstag der Asphalteure.

Augsburg, 22. Mai 1921.

Der Zentralverband der Asphalteure hielt vom 16. bis 21. Mai in Augsburg seinen Verbandstag ab. Aus Anlaß des zwanzigjährigen Bestehens hat der Vorstand eine Festnummer herausgegeben. Aus dem Bericht des Vorstandes ist hervorzuheben, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit die Mitgliederziffer stabil geblieben ist. Die furchtbare Arbeitslosigkeit spiegelt sich in den Ziffern der gezahlten Arbeitslosenunterstützung wieder. Im Jahre 1919 wurden 2727 Mk., im Jahre 1920 dagegen 17276 M. für Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Für Krankenunterstützung wurden 2751 M., für Sterbegelder 1228 M., für Streiks und Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen 4385 M. aufgewendet. Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 319 230 M.

Lohnbewegungen mit vollem Erfolg wurden im Jahre 1919/27 in 44 Betrieben mit 2093 Personen durchgeführt. Die Arbeitszeit wurde täglich um 2 Stunden verkürzt, die Lohnerhöhung insgesamt pro Woche betrug 214 884 Mk. 1920 fanden in 39 Betrieben Lohnbewegungen mit vollem Erfolg statt. Beteiligt waren daran 2011 Personen. Durchschnittlich betrug die Lohnerhöhung pro Woche 45 M. Insgesamt 90495 M.

Die Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung warf ihre Schatten auch auf diese kleine Organisation. Besonders die Redaktion war im letzten Jahre angegriffen, da der Redakteur der Sozialdemokratischen Partei angehört. Im Jahre 1920 war ein Feldzug von Leipzig und Berlin verabredet. Die anderen Verwaltungsstellen im Reich wurden für die Abhaltung eines außerordentlichen Verbandstages oder mindestens für die Abhaltung einer Vorständekonferenz bearbeitet, um die Redaktion, wenn möglich den Gesamtvorstand, zu beseitigen. Indes der Plan fand keine Gegenliebe. Der Hauptvorstand und der Verbandsausschuß lehnten das Ansuchen ab.

Auf dem Verbandstag war die Opposition sehr zahm. Die Kritik war sachlich. Sie richtete sich gegen die Arbeitsgemeinschaft und die Redaktion, von der man wünschte, daß sie auf alle sozialistischen Parteien Rücksicht nehme. Der Redakteur erklärte, er

schreibe im Sinne des Sozialismus, der sozialistischen Weltanschauung, zu der er sich durchgerungen habe. Mit dieser stehe und falle er, unbekümmert um die Schreier und Phrasendrescher.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war: „Der Anschluß des Verbandes an den Deutschen Bauarbeiterverband als Reichssektion der Asphaltarbeiter.“ Nach einem eingehenden Referat von Link, der den Anschluß befürwortete, erklärten sich sämtliche Delegierte nach mehrstündiger Diskussion für den Anschluß, der mit dem 1. April 1922 erfolgt. Der Wochenbeitrag wurde auf 4,25 M. erhöht und die Streikunterstützung auf 90 M. pro Woche festgesetzt. Die Arbeitslosenunterstützung wird in den ersten drei Quoten 50, in den drei letzten Quoten 60 Tage lang gezahlt. Das Sterbegeld erfuhr ebenfalls eine Erhöhung.

Die Referate über „Tarifverträge“ und über den „Schutz der baugewerblichen Arbeiter in den Ländern und im Reich“ brachten instruktive Anregungen und Fingerzeige, wie in der Zukunft verfahren werden muß.

Den Schluß der Tagung stellte das Referat über: „Die Aufgaben und die Taktik der Gewerkschaften“. Der Redner wies nach, daß die Gewerkschaften von jeher, ihrer historischen Aufgabe entsprechend, revolutionär gewesen sind. Die Gewerkschaften haben in ihren Satzungen sich als Aufgabe gestellt: „Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.“ Sollen diese Worte einen Sinn haben, dann heißt das: „Wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Arbeiter mit allen anderen Gesellschaftsklassen.“ Das ist Sozialismus. Dieses Ziel kann natürlich auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht verwirklicht werden. Darum führen wir den Klassenkampf. Redner wandte sich den 21 Moskauer Thesen zu und wies nach, daß die Kommunisten bewußt die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei, dann der USPD. und jetzt die der Gewerkschaften betreiben. Mit aller Schärfe wendet er sich gegen das Literatentum, das keine Ahnung von der geschichtlichen Bedeutung der Arbeiterbewegung hat. Traurig sei, daß sich Elemente in der deutschen Arbeiterbewegung, mit russischem Gelde bezahlt, gefunden haben, um die Zerstörung der Gewerkschaften auf russischen Befehl zu betreiben. Diesem Gelichter noch ein Wort zu widmen, hieße, ihm zuviel Aufmerksamkeit antun.

Die Diskussion ergab mit Ausnahme von zwei angekränkelten Kommunisten Uebereinstimmung. Die folgende Entschließung wurde dann mit allen gegen 4 kommunistische Stimmen angenommen.

„Der 7. Verbandstag des Zentralverbandes der Asphalteure erklärt, daß die 21 Moskauer Thesen nicht die Einigung des Proletariats bedeuten, sondern daß sie vielmehr das letzte Bollwerk der deutschen Arbeiterschaft, das sind ihre Gewerkschaften, notwendigerweise zersprengen müssen. Der Verbandstag lehnt daher jedes Eingehen mit Moskau mit Entschiedenheit ab. Er erklärt, nach wie vor treu und unerschütterlich zum Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam zu stehen.“

Die alten Vorstandsmitglieder wurden bestätigt. Nach einem kernigen Schlußwort von Link wurde der siebente Verbandstag geschlossen. k.

Bundestagung der Gefängnisaufsichtsbeamten.

In dreitägigen Verhandlungen beschäftigten sich die Aufsichtsbeamten und -beamtinnen der Gefängnisse, Straf- und Erziehungsanstalten mit den großen Fragen ihres schweren Berufs. Sowohl das preußische Justizministerium wie das preußische Ministerium des Innern hatten Vertreter entsandt und die Leiter der größten Gefängnisse Deutschlands waren entweder persönlich erschienen oder durch obere Beamte vertreten. Ueber die Ausbildung der Gefängnis- und Strafanstaltsaufsichtsbeamten und -beamtinnen sprach eingehend Strafanstaltslehrer Mertens-Kassel. Es herrschte Einigkeit darüber, daß nicht jede beliebige Person mit der Gefangenenbewachung und ihrer Erziehung betraut werden dürfe, sondern daß dazu unbedingt eine Fachausbildung erforderlich sei. Sehr bezeichnend für den in der Justizverwaltung noch heute herrschenden Geist war die Tatsache, daß die Delegierten beschlossen, in dem später erscheinenden Bericht über den Bundestag sollen die Namen der Redner nicht angegeben werden, damit keine Maßregelungen möglich sind. Von den zahlreichen Klagen über die Verständnislosigkeit der Behörden seien nur einige erwähnt: Unter 58 Aufsichtsbeamten der Strafanstalt Spandau befinden sich nicht weniger als 50 Hilfsbeamte, die mit einem Monatsgehalt von 760 M. eine Familie ernähren und Bestechungsversuchen widerstehen sollen. Besonders bemerkenswerte Zustände wurden in der Thüringischen Anstalt Benninghausen berichtet. So sind dort zwei ganz jugendliche Aufseherinnen von 16 Jahren als Aufsicht für Prostituierte bestellt. Folgende Entschließung wurde angenommen:

Die Vertreterversammlung des Bundes der Gefängnis-, Straf- und Erziehungsanstaltsaufsichtsbeamten und -beamtinnen Deutschlands beauftragt den Bundesvorstand, dahin zu wirken, daß das Hilfsbeamtenwesen endgültig beseitigt wird. Hilfsbeamte sind nur anzunehmen zur Deckung eines vorübergehenden Bedarfs. In allen übrigen Stellen des Aufsichtsdienstes sind Beamte bzw. Beamtenanwärter zu beschäftigen; bei Regelung nach diesen Grundsätzen ist dafür zu sorgen, daß sämtliche bisherigen Hilfsbeamten, die länger als ein Jahr im Gefängnisaufsichtsdienst beschäftigt worden sind, soweit geeignet, in das Beamtenanwärterverhältnis übernommen werden. Die zur Deckung eines vorübergehenden Bedürfnisses angenommenen Hilfsbeamten sind nach Tarifverträgen zu entlohnen. Die Vertreterversammlung ist der Ansicht, daß in den Anträgen der Organisationen die Wünsche der Mehrheit der Beamten zum Ausdruck kommen. Sie verlangt, daß den Anträgen der Organisationen auf Verhandlung mit ihren Vertretern entsprochen wird.

Nach Wiederwahl des 1. Vorsitzenden Thiele-Berlin fand die Tagung ihren Abschluß.

Aus der Partei.

Die Entwickelung der SPD. in Leipzig.

Unsere Parteiorganisation in Leipzig hatte ganz besonders unter der Spaltungstaktik der Unabhängigen zu leiden. Am 18. März 1917 wurde dort ein neuer Parteiverein gegründet. Der soeben erschienene Bericht des Bezirkssekretariats Leipzig über die Entwicklung der Organisation seit der Spaltung im Jahre 1917 weist für die einzelnen Jahre folgenden Mitgliederstand auf: 18. März 1917 62, 31. März 1918 436, 31. März 1919 1832, 31. März 1920 2450 und 31. März 1921 3245 Mitglieder. Am 19. Januar 1919 erhielt unsere Partei bei der Wahl zur Nationalversammlung 128 029 Stimmen gegen 238 999, die auf die USP. entfielen. Bei der Reichstagswahl blieben nur 57 749 Stimmen, während die der Unabhängigen auf 267 520 anwuchsen. Die Kommunisten konnten fast 13 000 Stimmen auf sich vereinigen. Bei den Landtagswahlen im November 1920 war für unsere Partei ein kleiner Aufstieg zu verzeichnen. Sie erhielt in Leipzig rund 69 000 Stimmen und drei Mandate, während die Unabhängigen gegenüber der Reichstagswahl von 1920 120000 Stimmen verloren. Die Kommunisten hingegen konnten einen Gewinn von 55 000 verzeichnen. Die Entwicklung ging also seit der Spaltung außerordentlich langsam vonstatten. Heute aber verfügen unsere Leipziger Parteigenossen trotz alledem über eine gute Organisation und es ist zu hoffen, daß den bescheidenen Erfolgen der ernsten Zeit sich bald größere anschließen, um so mehr, als auch in der unabhängigen Hochburg Leipzig das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Sozialdemokratischen Partei täglich wächst.

Der Unterbezirkstag für Nieder- und Oberbarnim

tagte am Sonntag im Fraktionssaal des Abgeordnetenhauses, um zu dringenden organisatorischen Fragen Stellung zu nehmen. Genosse Wissell gab zunächst eine Darstellung der Ereignisse nach der Annahme des Friedensvertrags. Auf die Außenpolitik der verflossenen Regierung übergehend, führte er aus: Das Verhalten des Außenministers Simons war durchaus widerspruchsvoll. Simons lehnte zunächst die bekannten Forderungen der Entente ab, da wir ihr 42 Jahre tributpflichtig würden und damit unsere Enkel noch zahlen müßten. Hinterher bot Simons aber Amerika auch noch unsere Urenkel an. Wir änderten dauernd unsere Angebote. Dem „allerletzten“ folgte ein weiteres „allerletztes“ Angebot. Dadurch mußte das Zutrauen zum Ernst unserer Angebote verloren gehen. Wissell ging dann auf das Ultimatum selbst ein und schilderte die wirtschaftlichen Folgen weiterer Besetzung deutscher Industriebezirke. Bezeichnend ist es, daß die Großindustrie sich mit einer Besetzung glaubt abfinden zu können. Die Arbeiterschaft kann es nicht. Die übernommenen Pflichten müssen wir versuchen zu erfüllen. Lediglich mit Steuern werden wir es nicht können. Wir müssen zu einer Umgestaltung und Steigerung unserer Produktion kommen. Sie muß reibungsloser, systematischer vor sich gehen. Die heute außerordentlich hohe Zahl der unproduktiven Kräfte muß in den Produktionsprozeß eingestellt werden. Dann wird es vielleicht möglich sein, unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Wir müssen der Vertrustung unserer Wirtschaft mehr Aufmerksamkeit schenken. Seit dem 20. Juni führt die Großindustrie ihre Sozialisierung herbei. Alle Produktionsstufen werden in eine Hand gebracht, von der Kohle, Holz, Papier bis zur öffentlichen Meinung. Die Arbeiterschaft aber muß planmäßig auf Umstellung zur Gemeinwirtschaft hinarbeiten. Dann werden unsere Enkel vielleicht bessere Tage erleben. (Lebhafter Beifall.)

Ohne Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der das vollste Einverständnis mit dem Verhalten der Reichstagsfraktion zum Ausdruck kommt. Die Resolution wendet sich weiter gegen eine Verbreiterung der Regierungsbasis nach rechts, die uns unvermeidlich erneutes Mißtrauen im Auslande einbringen würde.

Nach Erledigung organisatorischer Fragen wurden in den Unterbezirksvorstand gewählt die Genossen Balmer-Birkenwerder, Voigt-Biesenthal, Bartsch-Birkenwerder, Kublicke-Freienwalde, Feuerstein-Blumberg und Genossin Döring-Ahrensfelde.

Königstrasse
Ecke Spandauer Str.

Gebr. GRUMACH

vis á vis
Rathaus

Besonders preiswerte Angebote für diese Woche.

Trikotagen „Nur solange Vorrat reicht.“

Herren-Beinkleider echt ägyptisches Maco, prima Qualität, mit Ueberschlag, alle Grössen 38,50
Herren-Unterjacken feinfädig, macofarbig, aussergewöhnlich preiswert 14,50
Damen-Schlupfhosen in modernen Farben, prima Qualität, alle Grössen 22,50
Herren-Garnitur (Jacke und Hose), Maco in modernen Farben, alle Grössen 78,50
Gesundheits-Damenhemdhosen 120 cm lang, prima Qualität 22,50

Strumpfwaren

Damenstrümpfe
Schwarz, feines Gewebe, haltbar, m. Doppelsohle 9,75
Braun, weiss u. viele Farben, fein. Gewebe, mit Doppelsohle 14,25
Seidenflor, schwarz, braun, weiss, mit Doppelsohle 25,50

Herrensocken
Braun, mittelstarkes Gewebe, sehr haltbar 6,35
Florartiges, starkes Gewebe, mit Doppelsohle, viele Farben 10,25
Flor, schwarz feines Geweb., Doppelsohle 18,50

Wirkwaren

Reinwollene **Damenstrickjacke** aussergewöhnlich preiswert, in geschmackvollen Farben 295,00
Kunstseidene Jumpers im Preise bedeutend ermässigt von 175,00 an

Tücher, Schlaf- und Reisedecken, Herren-, Damen- und Kinder-Badetrikots, Bademäntel, Badelaken in grosser Auswahl und aparten Mustern.

Oberhemd pr. Perkal, mit Faltenbrust und Umschlagmanschetten 82,50
Zephir-Oberh. Restpost., m. Faltenbrust, Umschl.-Manschett. u. pass. Kragen, Gr. 37, 39, 40, 41 125,00
Herrentaghemd mit 3 Falten. Bestes Hemdentuch 58,00
Herrennachthemd pr. Hemdentuch, mit farbigem Paspel, 120 cm lang 72,00
Damen-Taghemd gute Hemdentuch-qualität mit Stickereiansatz 22,75
Damen-Taghemd mit reicher Hohlsaumverzierung 27,50
Damen-Beinkleid mit reichem Stickereiansatz 24,50
Damen-Beinkleid feinfädige Qualität mit Hohlsaumverzierung 29,00
Dam.-Nachthemd feine Madapolamware, viereckig Ausschnitt m. reich. Stickerei 78,00
Reinseid. lange D.-Handschuhe weiss .. 16 Knopf 42.50, 12 Knopf 37,50

Bezirksverb. Berlin SPD.
108. Abt. (Cöpenick).
Nachruf.
Unser Genosse
Karl Waldow
Cöpenick, Berliner Str. 22, ist verstorben.
Ehre seinem Andenken!
177/1 Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme beim Heimgange unserer innigstgeliebten Mutter und Großmutter, Frau
Anna Senftleben
geb. Schneider
sagen wir auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank! 24/148
Berlin-Johannisthal, den 30. Mai 1921.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Spezial-Arzt
Dr. Scotti, Rosenthalerstr. 69-70 für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleid. Syphilis-, Salvarsan-Kuren. Blutunters. Damen separat. 10—1. 5—7.

SPEZIALARZT
Dr. med. COLEMAN
Friedrichstr. 91/92, n. Bahnh.
Haut-, Geschl.-, Frauenleid.
Sexuelle Neurasthenie.
Spr. 10-1, 6-8. Sonnt. 10-12.

Möbelfabrik Stern
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Bilanz per 31. Dezember 1920.

Aktiva.	M.
Kassenbestand	2 948,95
Bank-Konto	6 615,09
Kautions-Konto	600,—
Inventar-Konto n. 30 Proz. Abschr.	8 592,40
Waren-Konto	178 560,—
	197 326,44
Passiva.	
Anteil-Konto	300,—
Darlehn-Konto	130 000,—
Reservefonds-Konto	5 000,—
Spezial-Reservefonds-Konto	20 000,—
Interims-Konto	37 300,—
Gewinn- u. Verlust-Konto	4 526,44
	197 326,44

Die Zahl der Genossen beträgt am Schluß des Geschäftsjahres 9, eingetreten ist keiner, ausgetreten einer. Das Geschäftsguthaben der Genossen beträgt 270 Mark, die Haftsumme auch 270 Mark. Geschäftsguthaben und Haftsumme haben sich um je 30 Mark verringert. 3484b
Der Vorstand.
O. Laupichler. K. Reinecke.

Weigtola Haarklinik

Bei starkem Haarausfallen, Haarschwund, Haargrippe, Kopfjucken usw. findet man erfolgreiche, gewissenhafte Behandlung in meiner Haar-Klinik.
Bruno Weigt, Haarspezial., Berlin W, Nettelbeckstr. 14.

Betten-Reinigung
Aufarbeiten der Federn. Waschen der Inlette.
Abholung und Zustellung in Groß-Berlin kostenfrei
Bettfedern-Fabrik Lustig
Gustav Prinzenstr. 46/47
Eingang nur unter Glaskuppel

Spezial-Arzt Dr. Jaffe für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, spez. chron. Harnleid. u. Ausflüsse, Licht- u. Finsen-Behdlg. in der Heil-Anst. „Löser“ **Dir. O. Löser, Münzstr. 9** nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat

Spottbilliger Seifenverkauf
Für Händler!! zu Engrospreisen!!!
Keine aus minderwertigen amerikanischen umgearbeiteten Seifen.
:: Alte Fachleute ::
Inhaber ca. 25 Jahre in ersten in- und ausländischen Seifenfabriken tätig gewesen.
Keine Alltagsartikel.
Großes Lager. — Höchste Leistungsfähigkeit. Extraanfertigungen für Fabriken u. Grossisten. Lagerbesuch sehr gewinnbringend.
Lecithin-Gesellschaft
Spezialfabrikation für Lecithinseifen m. b. H.
Verkaufslokal: BERLIN SW 68, Markgrafenstr. 72, neben d. Ullsteinhaus.
Lecithin Schutz-Marke

Dr. med. H. Schmidt, Spezialarzt
Berlin NW 108, Kirchstraße 24
(Sprechstunde 11—1, 5—7, Sonntag 10—12)
behand. **Syphilis, Geschlechtskrankheiten, sexuelle Schwäche, Frauen- und Unterleibsleiden** nach eigenem bewährten Verfahren auf giftfreiem Wege ohne Einspritzung und ohne Berufsstörung. **Belehrende Broschüre** vollständig diskret ohne jeden Aufdruck **kostenlos gegen Rückporto.** Leiden angeben. 188/12

Metallankaufsstelle Osten, Grüner Weg 86
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Parzellen
in Eggersdorf, 15 Minuten vom Bahnhof Strausberg entfernt, zu verkaufen. Kühn & Co. Berlin, Dorfstr. 11. Kurf. 2863

Wichtig für Frauen, Töchter und Schneiderinnen

Zuschneide- und Näh-Kursus
Beginn am Montag, den 6. Juni
Vormittags-, Nachmitgs.-, Abendkurse.
Berufskurse: Maßn., Schnittzeichn., Zuschneid., Musterentwerf. i. höchst. Vollendg.
Hausbedarfskurse: Schneidern u. Nähen an eigener Garderobe sow. Umarbeit., Modernisieren nach neuest. Mode
Honorar monatlich 30 M.
Sprechst. v. morg. 9 b. abds. 9 U.
Privat-Zuschneide-Schule
Inh. Frau Hedw. Krämer
Berlin C 2, Neue Promenade 3
direkt am Hackeschen Markt und am Bahnhof Börse

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Moritzplatz 9985

H. & P. Uder, SO. 16, Engelufer 5
Zigaretten, Kau-, Rauch- u. Schnupftabake
G. A. Hanewacker • Goldfarb • Landfried • Eicken • Raulino Oldenkott • Geöffnet 8—2 u. 3—5 Uhr. Moritzpl. 3614, 13720

Echt deutscher **Pontifex**

ersetzt den französisch. Benedictiner
Erstklassige deutsche weltbekannte Spezialität
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften
Alleinige Fabrikanten:
Deutsche Likör-Fabrik Friedrich & Co.
Waldenburg i. Schlesien.
Gen.-Vertr. für Groß-Berlin: Kurt Reiffenstein, Friedenau, Brünhildestr. 2
Tel.: Amt Rheingau 425

Kapitän-Kautabak
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen
C. Röder, Berlin, Lichtenberger Str. 22. Königst. 3861

SOENNECKEN

BONNA-FEDER

Ueberall erhältlich

F. SOENNECKEN • BONN • Berlin W, Taubenstr. 16-18

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Rich.-Strauß-Zyklus, 2. Abend
Salome
8 Uhr

Schauspielhaus
Coriolan
7 Uhr

Deutsches Theater
8 Uhr: Potasch u. Perlmutter
Mi. 7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
8 Uhr: Mesalliance
Mittwoch 8 Uhr: Mesalliance

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7 U.: Ein Sommernachtstraum (2. Abteilung 5. Abend)
Mi. 7 U.: Sommernachtstraum (3. Abteilung 5. Abend)

Theater i. d. Königgrätzer Str.:
8 Uhr: **Salome**
mit Maria Orska
Dienstag und folgende Tage
Mit dem Feuer spielen
dazu: Satans Maske

Berliner Theater:
Allabendlich 7.30 Uhr:
DAS Milliarden SOUPER
Hilde Wörner, Ralph Artur Roberts, Uschi Elleot, Herbert Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Der blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Heidemann a. G., Josefine Dora v. Staatsth. a. G., Inge van der Straaten, Isa Marsen, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Roger

Residenz-Theater
7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
Mittwoch, 1. Juni, z. 1. Male:
Max Adalbert in
Ab dafür
Zeitschnurre von Impekoven u. Mathern

Trianon-Theater
Täglich ½8 Uhr:
Am Teetisch
Alfred Abel
Olly Boeheim
Georg Alexander
Sonntag 4 U.: Am Teetisch

Kleines Theater
Täglich 7½ Uhr:
Olga Limburg
in
Nur ein Traum
Sonntag 4: Nur ein Traum

Komische Oper
Opernspielzeit
Täglich ½7 Uhr
Alt-Heidelberg
Oper von Pacchierotti
Stg. 3½: Der Barbier v. Sevilla

Schau-Burg
Königgrätzer Straße 121.
Täglich 8½ Uhr:
Herrnfeld-Gastsp.
Es lebe das Nachtleben
Ab 7 Uhr:
Filmprogramm

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: **Antigone**

Lessing-Theater
7½ Uhr:
Rosenmontag
(Haack, Loos)
Mittwoch 7½: Gespenster (Lossen, Loos)
Donnerstag 7 Uhr:
Beginn der Sommerspielzeit
Zum ersten Male:
Die Ballerina des Königs
(Konstantin, Götz)

Deutsches Künstler-Theater
7½ Uhr:
Die selige Exzellenz
Adalbert, Junkermann, Büller
Mittwoch und folgende Tage 7½ Uhr: Rosenmontag (Haack, Loos)

Central-Theater
7½ Uhr: **Jlonka**

Deutsches Opernhaus
7 U.: Die lust. Weiber v. Windsor

Friedr. Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: **Die Kleine aus der Hölle**

Kl. Schauspielhaus
7½ Uhr: **Reigen**

Lustspielhaus
7¼ Uhr: Arnold Rieck in
Die spanische Pflege

Metropol-Theater
7½ Uhr: **Die blaue Mazur**

Neues Operettentheat.
7½ Uhr: **American-Girl**

Neues Volkstheater
Zum ersten Male
7 Uhr: **Die St. Jakobsfahrt**

Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: **Doktor Klaus**

Schloßpark-Theat. Steglitz, Schloßstraße 48
7½ U.: **Donna Diana**

Thalia-Theater
7¼ Uhr: **Mascottchen**

Th. am Nollendorfplatz
7½ Uhr: **Der Vetter aus Dingsda**

Theater des Westens
7¼ Uhr: **Morgen wieder lustig!**

Th. i. d. Kommandantenstr.
7½ Uhr **Die goldene Freiheit**

Wallner-Theater
7½ Uhr: **Der Traum vom Glück**

Walhalla-Theater
7½ Uhr: **Scheidungsreise**

Rose-Theater
Wo die Schwalben nisten

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. ½8
Nur noch einige Aufführungen des Schlager-Volksstückes
Bollrich & Sohn
Volkstümliche Preise

Folies Caprice
Ecke Friedrich- u. Linienstraße
Täglich 8 Uhr:
Das neue Fräulein
Das weiße Blatt
Der ledige Ehemann
mit Ferd. Grünecker.

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7—9
Täglich 4½ Uhr:
Die Schönste v. allen
Operette i. 3 Akt. v. Jean Gilbert
Varieté-Sensationen

APOLLO THEATER
7½ U. Jungfernkranz 7½
Letzter Tag
Natura-
listische Neuheiten mit 25 Damen.
Afra
die Wahrsagerin u. weit. Sensationen
Ab 1. Juni
Die große Ausstattungsschau
Tip Tip Hurra
oder der
Sportschlemihl
mit dem bekannten
Wilhelm Hartstein
in der Titelrolle.
Albert Paulig
Heinz Sarnow
Erna Alberti
Else Schlolcka
u. eine Reihe neuer Varieté-Einlagen und Balletts.
Sommerpreise!

LUNAPARK
Generaldirektion: Alfred Duskes u. Siegbert Goldschmidt
Heute:
VOLKSTAG
Doppel-Konzert
Höhen- und Wasser-Feuerwerk
Gebr. Wichmann auf dem Turmseil
7 U. 9¼ U.
Großes Ju-Ju im bayrischen Dorf

UFA-PALAST am ZOO
Ab Morgen!
7¾ Täglich 7¾
internationaler
VARIETE-
Spielplan.
! Sommer-Preise ! Nummerierte Plätze !
Vorverkauf von 11—1 Uhr

Trabrennen zu Ruhleben
Mittwoch, den 1. Juni, nachm. 3 Uhr
8 Rennen .·. Preise 120.000 M.

Circus Carl **Hagenbeck**
Neue Königstraße (am Alexanderplatz)
Nur noch 2 Tage!
Täglich 7½ Uhr
auch Sonnt. nachm. 3 U.
Vvkt.: Tietz u. Circusk.

WINTER-GARTEN
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

METROPOL
VARIETE-KABARETT
Behrenstraße 54
Präzis 7½ Uhr
12 Mal-Attraktionen

Admirals-Palast
7½ Uhr: Abrakadabra

Reichshall.-Theater
Stettiner Sänger
Anf. 7½
16. Juni: **Britton-Benefiz**

Th. a. Kottb. Tor
Tel. Moritzpl. 16077
Tägl. 7½ Uhr:
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Witz! Komik! Urkom. Typen!
Größt. Lacherfolg
Vorvk. 11-1½, 4-6 U.

BTL
Potsdamer Str. 38
Turmstr. 12
Friedenau, Rheinstr. 14
Der große Chef
II. Teil
Die Camera obscura
(Die Dunkelkammer)
Stuart-Webbs
Detektiv-Film.
Alexanderpl.-Pass.
Der große Chef I. Teil

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide 108—114.
Heute
Dienstag, den 31. Mai
Gr. Spezialitäten-Vorstellung
16 Attraktionen
Anfang 6 Uhr
Die Kaffee-Küche ist von 3 Uhr ab geöffnet

Voranzeige:
Donnerstag, d. 2. Juni
Großes Fronten-Feuerwerk

Schuhputz „Urbin-"

ist heute die Parole, wenn ich vom Bäcker Brot mir hole.

Leiden Sie?
an Flechten, Hautausschlag, Hautjucken, Pickeln, Finnen, Schorf, Krätze usw., dann gebrauchen Sie Terrahe's Hellseife. Erfolg überraschend. — Stück 6 M. Zu haben in den Apotheken und Drogerien.
Generalvertrieb: E. Kaiser, W 30, Würzburger Str. 6.

Aufklärendes Buch m. 50 Bildern über unsere hilflosen Methoden bei Rückgratverkrümm., hoher Schulter u. Hüfte (keine Berufsstörung) zu bez. gegen Einsendung von 3 Mark von Franz Menzel, Berlin W. 7, Magdeburger Str. 28. Für Buchrückgabe 2 Mark zurück.

Konkurrenzlose Preise!

Fahrradreifen	Prima Gummi 28 × 1½,	von	48.— M. bis 125.— M.
Garantiereifen		von	70.— M. an
Gebirgsreifen,	prima		80.— M. (1 Jahr Garantie)
Fahrradschläuche,	Ia Gummi		16⁵⁰ M. bis 20.— M.

— Karbid — Oel —

Autoreifen- und Fahrrad-Haus **„Nord-Ost"** Berlin, Elsasser Str. 89 am Rosenthaler Tor

Offene Füße
Krampfadergeschwüre, auch veraltete, schmerzhafte Wunden, Entzündung u. unerträgl. Jucken heilt laut viel. Erfolgberichten d. milde u. wohltuende „Drilinda-Salbe" 14,50 M. u. 8,00 M.
Otto Reichel,
Berlin 63, SO, Eisenbahnstr. 4.

Erste Wohnungstausch Zentrale
Tausende von Vermietungen! Alexanderstr. 38, Friedrichstr. 230, Ch., Bismarckstr. 4. - 25 Filialen. Brunnenstr. 30, Landsberger Str. 81, Prinzenstr. 43, Perlstr. 73

Eiserne Kochherde Zechlin
Transportable Kachelöfen - Eiserne Öfen
Berlin C, Alexanderplatz 42

Neues Angebot!
Schokoladen-Block, 100 Gramm von M. 3,20 an
Schokoladen-Tafel, 100 „ „ M. 3,30 an
nur gute Qualitätsware.
Bonbons, Dragees in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen
Negerküsse, Gelatetäbe.
G. Wechselmann, Berlin W, Linkstraße 20. Fernsprecher: Nollendorf 879.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte

Anzeigen die für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis um 5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstrasse Nr. 3, abgegeben werden. Dieselbe ist von morgens 9 Uhr bis abends 5 Uhr ununterbrochen geöffnet

Verkäufe

Baubarf-Handlig. Acker und Wald, Quadratrute 15 und 30, Anzahlung 100 Mark. Hülsen, Steglitz, Bismarckstraße 12, Fernsprecher 2894. 147R

Abessinier, Rohre, Filter, Ersatzteile, Köchlin & Co., Berlin, Alte Jakobstr. 20/22.

Nähmaschinen, Teilzahlung Hahn, Prenzlauerstraße 20. *

Gegen Ratenzahlung: Verkaufe Kostüme, Mäntel, Bettwäsche, Damenwäsche, Steppdecken, Diwandecken, nur prima Qualitäten zu allerbilligsten Preisen. Max Josephsohn, An der Spandauerbrücke 9 III. Bahnhof Börse. Kein Laden. 93/6

Springers Warenverkauf Charlottenburg, Berlinerstraße 145. Spottbilliger Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Pelzwaren, Jackettanzüge, Paletots, Manchesterhosen jetzt 125.— 151R

Kreuzfüchse 95,—, Sämtliche Pelzarten Hälfte herabgesetzte Sommerpreise. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalerthor Linienstr. 208/4, Ecke Rosenthalerstraße. 187R

Anzüge 225,—, Covercoat 375,—, Gummimäntel 275,—, Hosen 65,—. Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalerthor, Linienstraße 208/4. Ecke Rosenthalerstraße.

Bettwäsche billigst! Ca. tausend Garnituren werden wegen baulicher Veränderung der Lagerräume fast zum Selbstkostenpreis abgegeben. Deckbetten 30,—, Kissen 11,—, Laken 20,50. Nur solange Vorrat. Lagerbesichtigung durchaus lohnend. Fabrikvergütung. Bettwäschefabrik Luttkamerstr. 1, Ecke Wilhelmstraße. 160R

Warum 1000 Mark für einen Anzug oder Paletot? Sie kaufen die modernsten Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Jünglingsanzüge, Cutawayanzüge, Covercoats, Maßmantelpaletots, Schwarze Streifhosen aus besten Stoffen und Zutaten, ebenbürtig jeder Maßarbeit, spottbillig, große Auswahl in Gummimänteln, bei Burger, Reichenbergerstraße 159, vorn II, Fahrstuhlverbindung Kottbuser Tor links um die Ecke. 3486b*

Möbel

Schlafzimmer, eichenes, komplett 850,—, weißes 3500,—, Herrenzimmer, rundgebaute Bibliothek 4000,—, Speisezimmer, sehr gute Ausführung, 4500,—, Nußbaum-Standuhren 1200,—, Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmereinrichtungen und Einzelmöbeln zu enorm billigen Preisen. Hans Lennert, Lothringerstraße 55, am Rosenthaler Platz. *

Chaiselongues 250,— bis 575,—, Umbauplüschsofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 110,—, Metzer, Stargarderstraße achtzehn. 135R

Chaiselongue 100,—, Chaiselongubecke 75,—, Metallbetten 150,—, Kinderdrahtbett, Meicke, Augustbr. 35a, Quergebäude. 183R

150 Küchen!!! Weiß und elfenbein Ofenlack, Birke, auch lackiert, entzückende Modelle, Erstklassige Fabrikate, außerordentlich preiswert, Besichtigung lohnend! Berliner Möbelhaus, Nur Gitterstr. 25, Hochbahn Kottbuser Tor! 1213

Musikinstrumente

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente, Scherzer, Chausseestraße 105.

Fahrräder

Fahrräder! Riesenauswahl guterhaltener Brennabor-räder, Adlerräder, Dürkopp-räder, Wanderer-räder, Multiplexräder beispiellos preiswert. Schlawe, Weinmeisterstraße vier. 190/12*

Reparaturen! Fachgemäß! Preiswert! Schlawe, Weinmeisterstraße vier. 190/13*

Fahrradgummi! Konkurrenzlose Riesenauswahl, Jahresgarantie, besonders preiswert. Konkurrenzgummi 40,—, Schlawe, Weinmeisterstraße vier. 190/11*

Kaufgesuche

Fahrradankauf, Linienstraße 19. 149R*

Kokoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin-, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik, Brunnenstraße 168.

Leitspindeldrehbank mit Kröpfung, 3000×300—500 m/m, gebraucht, komplett, gesucht. Louis Marx & Co., Elisabethufer 31. Amt Moritzplatz 12016 und 14980. 3488b

Verschiedenes

Leinentrogen verkleinert Born, Reichenbergerstraße 7.

Handlesen, Horoskop, Handschrift deutet. Sprechzeit 5—6, Schnerweiß, Elsasserstr. 71 I.

Frackverleihinstitut, Friedrichstraße 123/3. Frack, Smoking, Gehrockanzüge. Moderne elegante Sachen. Jede Größe vorrätig. 132R*

Vertrauensvolle Untersuchung erfahrene Hebamme, Witwe Kuhnert, Pollnastraße 10/11 (Potsdamerstraße). 139R*

Silberschmelze Christianat, Köpenickerstr. 20a (gegenüber Monteuffelstraße) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmuckachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 142R

Vertrauensvolle Auskunft, Frau Ehm, Hebamme a. D., Stargarderstraße 75. *

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Straßenhändler erhalten hohen Gewinn bringenden Haushaltartikel im Zigarrenladen Wilhelmstraße 12. 3482b

Perfekter Tresorbauer
bei gutem Lohn per sofort von Berliner Geldschrankfabrik gesucht. Offerten unter B. 15 an die Hauptexpedition des „Vorwärts" erbeten. 3100

Lackierer
möglichst unverheiratet mit besonderen Erfahrungen in der Spritzlackiererei und im Spachteln von Eisenteilen zum sofortigen Eintritt gesucht. — Schriftliche Angebote an
Robert Fabig G. m. b. H.
Maschinen- und Apparatefabrik, Werk Neuruppin

England, Frankreich, Oberschlesien.

Paris, 30. Mai. (EE.) Die Antwort auf die französische Note über die oberschlesische Frage traf heute in Paris ein. Die englische Regierung bekundet darin, daß der Oberste Rat noch in dieser Woche in Boulogne sur mer zusammentreten müsse. Sie glaubt, daß ein aus Juristen, Diplomaten und Militärs zusammengesetzter Sachverständigenausschuß beauftragt werden sollte, Untersuchungen über diese Frage zu führen und dann Vorschläge für die endgültige Regelung der deutsch-polnischen Grenze machen sollte. Diese Vorschläge müßten aber entsprechend dem nach den Bestimmungen des Friedensvertrages in der Abstimmung vom 20. März zum Ausdruck gebrachten Willen der Bevölkerung und auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Orte gehalten sein. Ueber den Eindruck der am Sonnabend in London eingetroffenen Note meldet der Korrespondent des „Temps" folgendes: Der Inhalt der französischen Note habe eine gewisse Enttäuschung verursacht. Man weise in London auf die große Gefahr hin, die bestehe, solange der Oberste Rat keine endgültige Entscheidung getroffen habe. An eine Unterwerfung Korfantys sei überhaupt nicht zu denken, da die polnischen Insurgententruppen diesem den Gehorsam verweigern.

Umfall Percivals?

Paris, 30. Mai. (EE.) Eine Havasmeldung aus Oppeln erklärt, daß die Verzögerung der Pazifizierung Oberschlesiens ausschließlich auf die Haltung des englischen Delegierten Oberst Percival zurückzuführen sei, die dieser seit der Rede Lloyd Georges im Unterhause am 13. Mai gezeigt habe. Percival habe die Teilnahme an den Verhandlungen der Interalliierten Kommission mit Korfanty verweigert und ebenso die Teilnahme an etwa beabsichtigten Verhandlungen mit dem deutschen General von Hoefer. Daher sei man nicht in der Lage gewesen, eine Unterbrechung der Feindseligkeiten herbeizuführen oder die Autorität der Interalliierten Kommission in Oppeln wiederherzustellen. Jetzt habe jedoch Percival sich von seinen französischen und italienischen Kollegen überzeugen lassen und seine Haltung geändert, indem er von seinem ursprünglichen Standpunkte abgewichen sei. Die Kommission wird daher in der Lage sein, Verhandlungen mit den Polen und den Deutschen einzuleiten. Es bestehe dazu auch die dringendste Notwendigkeit, da in den von den Polen besetzten Gebieten die Rohstoffe und in den von den Deutschen besetzten die Kohle völlig mangele.

Der Zwölfer-Ausschuß.

Breslau, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In Oberglogau fand heute die zweite Sitzung der Vertretung der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens, des sogenannten Zwölferausschusses, statt. Dieser konstituierte sich endgültig zur Wahrnehmung der politischen Rechte der deutschen Bevölkerung und beschloß, die politischen Leitungen in den einzelnen Kreisen einzurichten. Die Verhandlungen leitete der Zentrumsabg. Pfarrer Ulitzka. Einige unserer führenden Parteigenossen konnten deshalb nicht in den Zwölferausschuß delegiert werden, weil sie durch die Insurgenten vom unbesetzten Gebiet abgeschnitten sind.

Kommunisten im Selbstschutz.

Breslau, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Oppelner Ortsgruppe der VKPD., die die größte Ortsgruppe der Kommunistischen Partei in dem nicht von den Insurgenten besetzten Teil Oberschlesiens ist, erläßt in der „Oppelner Zeitung" eine Erklärung, in der sie sich gegen den Vorwurf der Verbrüderung mit den Insurgenten verteidigt. In Abwehr eines Angriffs unseres Parteigenossen Cyrus, der die Haltung der „Roten Fahne" in einer Oppelner Versammlung kritisiert hatte, schreibt die Oppelner kommunistische Leitung u. a.: Was auswärtige Zeitungen über Oberschlesien schreiben (gemeint kann nur die „Rote Fahne" sein), dafür kann man doch eine einzelne Ortsgruppe nicht verantwortlich machen. Unsere Mitglieder sind vertreten bei der **Abstimmungspolizei, beim Selbstschutz**, sie begleiten die Panzerzüge. Es wird einem klassenbewußten Arbeiter immer schwer werden, die Waffe gegen seinen Arbeitsbruder zu richten. Aber „Not lehrt beten!" Die Ortsgruppe weist schließlich darauf hin, daß ihre Mitglieder nicht etwa nur aus materiellen Beweggründen beim Selbstschutz mitmachen, sondern aus Gründen der **Menschlichkeit**, und um zu verhindern, daß aus Oberschlesien ein Trümmerhaufen wird. Sie betonen auch, daß sie sich den Vorstellungen der anderen deutschen Parteien bei der Interalliierten Kommission angeschlossen haben. — Leider ist die Haltung der Kommunisten im Aufstandsgebiet teilweise eine andere. Dort haben die Kommunisten bekanntlich in den ersten Maitagen gleichzeitig mit den Polen zum Generalstreik aufgerufen und unterstützen Korfanty zum Teil auch heute noch in der Hoffnung, ihn zu beerben, wenn er des Chaos nicht mehr Herr wird. Ein kleiner Teil wendet sich allerdings bereits von dieser Politik ab.

Oberschlesiens Gewerkschaften warnen.

Oppeln, 30. Mai. (WTB.) An die Interalliierte Kommission ist gestern vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Gewerkschaftsring folgende Beschwerde gerichtet worden:

Die IK. hat am Donnerstag, den 19. Mai, also vor zehn Tagen, den unterzeichneten Gewerkschaftsvertretern in Oppeln das Versprechen gegeben, daß die interalliierten Mächte Maßnahmen getroffen haben und noch treffen werden, um den gegenwärtigen Zuständen ein Ende zu bereiten. Zur Prüfung der vorgetragenen Leiden der oberschlesischen Bevölkerung, insbesondere der Einwohner der Stadt Kattowitz, wurde von der IK. der Oberbefehlshaber der interalliierten Truppen nach Kattowitz gesandt. Der Oberbefehlshaber, Herr Gratier, war wiederholt einige Stunden in Kattowitz. Irgendeine erkennbare Tat ist jedoch nicht in Erscheinung getreten, die Leiden der Bevölkerung haben sich noch gesteigert. Zur Absperrung der Lebensmittel, der Milch für die Säuglinge, jeden Verkehrs und zu den täglichen Gewalttätigkeiten ist seit dem 21. Mai noch die Absperrung des Wassers hinzugekommen. **Die Sterblichkeit nimmt zu.** Die interalliierten Lokalbehörden haben den Vertretern der oberschlesischen Bevölkerung gegenüber nur Worte und sehen dem verbrecherischen Treiben der Insurgenten tatenlos zu. Kein Bürger ist seines Lebens sicher. Nach wie vor verkehren die französischen Soldaten mit den Insurgenten in der freundschaftlichsten Weise. Wir warnen die Interalliierte Kommission noch einmal, denn sie trägt die Verantwortung vor dem Gesetz und dem Gewissen der Welt.

Ein Aufruf Korfantys an sein Heer befiehlt Einstellung aller polnischen Angriffe, nachdem die IK. mitgeteilt hätte, daß die deutsche Truppenleitung die gleiche Verpflichtung eingegangen sei. Zuwiderhandlung wird mit dem Kriegsgericht bedroht.

Wie wir erfahren, sind die Pressemeldungen über Bedingungen Korfantys für die angeblich von ihm angebotene Waffenniederlegung, die besonders in Paris groß aufgemacht wurden und in denen radikale „Entpreußung" Oberschlesiens gefordert wurde, ein Schwindel. Korfanty hatte nur — — Anerkennung der Ententekommission „angeboten" und solche Bedingungen nicht gestellt.

Pilsudski hat den Rücktritt der Regierung nicht angenommen; sie bleibt im Amt und dementiert die Nachricht, daß gegen den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Dombrowski, ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, weil er ohne Wissen und ohne Auftrag des Außenministers sich nach Oberschlesien begeben und sich dort politisch betätigt habe. Die Reise Dombrowskis habe „rein privaten" Charakter gehabt.

Eine Hilfsaktion des Roten Kreuzes für die Kriegsopfer ist im Gange; **Genfer Herren verhandeln in Oppeln mit der Ententekommission.**

Die Urteilsbegründung im Leipziger Prozeß

Das Urteil im Prozeß Müller vor dem Reichsgericht wurde gestern nachmittag 1 Uhr verkündet. Der Angeklagte Hauptmann Müller wurde wegen Mißhandlung Untergebener, Zulassung einer Mißhandlung, sowie wegen vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung Untergebener zu einer Gesamtstrafe von sechs Monaten verurteilt. Im übrigen erfolgte Freisprechung. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Abendauflage enthalten.)

Die Urteilsbegründung:

In der ziemlich umfangreichen Urteilsbegründung führte der Präsident unter anderem aus:

„Es freut mich, daß meine zu Beginn der Verhandlung ausgesprochene Hoffnung, die gegen den Angeklagten erhobenen ungeheuerlichen Beschuldigungen möchten sich als unrichtig erweisen, sich bestätigt hat, da tatsächlich die schweren Anschuldigungen nicht erwiesen, sondern geradezu widerlegt sind."

Es wird dann das Ergebnis der Beweisaufnahme gewürdigt und festgestellt, daß der Angeklagte von Anfang April bis zum 5. Mai — also 5 Wochen — dem Gefangenenlager vorgestanden hat. Das Lager befand sich hinter der Kampffront, und die dortigen Verhältnisse waren die denkbar ungünstigsten. Der Gerichtshof erkennt an, daß der Angeklagte alles getan hat, was in seinen Kräften stand, die üblen Verhältnisse im Lager zu verbessern und daß, wenn das nicht möglich war, ihn hieran keine Schuld trifft.

Mit Nachdruck betonen die Urteilsgründe, daß der Angeklagte ein pflichtgetreuer, diensteifriger Offizier war, der den Ehrgeiz hatte, seine Vorgesetzten zufriedenzustellen, und der alles getan hat, was in seiner Macht stand, um die nötigen Materialien für das Lager zu beschaffen. Der Angeklagte ist sogar nicht davor zurückgeschreckt, sich in einem Falle auf unvorschriftsmäßige Weise Kleidungsstücke für die Gefangenen zu beschaffen. Er hat ferner Nahrungsmittel aus Belgien herangeschafft und für Pferdefleisch gesorgt. Daß er

die Räumung des Lagers nicht veranlaßt

hat, kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden, denn zu seiner Zeit hatte sich eine epidemische Krankheit noch nicht gezeigt, und es war bis zu seiner Abreise nur ein Todesfall vorgekommen. Daß der Angeklagte sich zu Ausschreitungen hat hinreißen lassen, ist durch seinen Diensteifer und durch seine Erkrankung an einem Herzleiden veranlaßt.

Was die einzelnen Fälle anbetrifft, so ist angenommen worden, daß eine Meuterei nicht vorlag, und daß der Angeklagte sich nicht für berechtigt halten konnte, zur Abwehr der Meuterei so zu handeln, wie er es getan hat. Er wollte nicht eine Strafe verhängen, sondern hat

aus Mißmut und Aerger

ein Exempel statuieren wollen. Besonders hervorgehoben wird in den Urteilsgründen, daß der von den englischen Zeugen bekundete Fall der Leichenschändung nicht als erwiesen angesehen wird, daß vielmehr diese Zeugenaussagen glatt widerlegt sind. Im übrigen hat das Gericht die als strafbar angesehenen Handlungen in demselben Sinne beurteilt wie der Oberreichsanwalt.

In dem Hineinreiten in die Gefangenen wurde, wie in einigen anderen Fällen auch, eine vorschriftswidrige Behandlung, nicht Mißhandlung, erblickt. In allen nicht als erwiesen angesehenen Fällen ist auf Freisprechung erkannt worden. Bei der

Bemessung der Strafe

ist der Zwang der Kranken zur Arbeit als der schwerste Fall angesehen worden, als zweitschwerster Fall das Anbinden. Die Strafe ist gebildet worden durch die Erhöhung der höchsten Einzelstrafe von 2 Monaten auf 6 Monate.

Das Gericht hat erwogen, ob auf Festungshaft oder Gefängnis zu erkennen ist. Es hat die Gefängnisstrafe gewählt, weil es sich um die Mißhandlung kranker und unglücklicher, vollständig dem Angeklagten preisgegebener Gefangener handelt.

•

Am Dienstag beginnt vor dem Reichsgericht der dritte Kriegsbeschuldigtenprozeß gegen den Arbeiter Robert Neumann aus Güstrow, dem ebenfalls Gefangenenmißhandlung zur Last gelegt wird.

Nachprüfung der Reichsgerichtsurteile.

London, 30. Mai. (WTB.) Im Unterhause erklärte der Attorney-General Sir Gordon Hewart, es liege kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß nach Abschluß der gegenwärtigen Reihe der Kriegsbeschuldigtenprozesse alle erheblichen Fragen einschließlich der gefällten Urteile von den in Betracht kommenden Mächten geprüft werden würden. Vor Eintreffen eines vollständigen Berichts könne er nicht sagen, ob dem Parlament Gelegenheit gegeben werden würde, über die gefällten Urteile zu verhandeln.

Möglicherweise soll diese Erklärung auch nur Debatten verhindern, die immerhin die Leipziger Richter beeinflussen könnten.

Das litauische Memelland.

Memel, 30. Mai. (WTB.) Auf großlitauisches Betreiben hin wurden in allen Kreisen des Memelgebietes die Eltern befragt, ob sie für ihre die Schule besuchenden Kinder, deren Zahl rund 22 000 beträgt, die Erteilung litauischen Religionsunterrichtes bzw. Lese- und Schreibunterrichts wünschen. Nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnis wird von den Eltern für 11,2 Proz. sämtlicher Volksschüler des Memelgebietes litauischer Religionsunterricht, ferner für 2,2 Proz. sämtlicher ländlicher Schüler des ganzen Memelgebietes litauischer Lese- und Schreibunterricht verlangt. Unter Hinzurechnung der Schulen der Stadt Memel, die nicht befragt wurden, würde sich das Endergebnis so gestalten, daß litauischer Lese- und Schreibunterricht hoch gerechnet für 1,8 Proz. sämtlicher Volksschüler des Memelgebietes gewünscht wird.

„Reichswehr — Achtung! Der Schützenkönig kommt!" Im brandenburgischen Kreisstädtchen Beeskow war vorige Woche Schützenfest. Freitag vormittag zogen die Schützen durch die Stadt, um ihren Schützenkönig abzuholen. Zu diesem Tage hatte sich auch die in Beeskow stationierte Reichswehr auf dem Marktplatz eingefunden, um einmal wieder das langersehnte Schauspiel „König und Soldat" feiern zu können. In drei Staffeln, hoch zu Roß, salutierten brave Reichswehr-Reiter vom 9. Reichswehr-Reiterregiment. Das Kommando „Achtung", genau wie in den „seligen" Zeiten, erscholl, und schmunzelnd passierten die Beeskower Schützen Revue. Das war aber erst der Anfang des Schauspiels. Bald kamen die Schützen zurück mit ihrem abgeholten Schützenkönig. Während der Zeit hatten die schneidigen Reiter Paradestellung eingenommen. Vor der „Front" ein Offizier, hinter diesem noch ein paar solcher Offiziere. Von neuem erklang das militärische „Achtung" des Oberkommandierenden, und im „Alten-Herren-Parademarsch" marschierte der wonnige Beeskower Schützenzug vorüber. Daran schloß sich die Parade der Beeskower Reichswehrreiter an. — Es scheint halt nicht mehr viel zu fehlen, und der Schützenkönig von Beeskow wird der gekrönte König der neuen „Monarchie Beeskow".

Sklarz gegen Harden. In dem Beleidigungsprozeß Waldemar Sklarz gegen Maximilian Harden kam es gestern, nachdem wiederholt Vergleichsversuche gescheitert waren, zu einer Vertagung. Der Gerichtshof beschloß nach dem Antrage des Rechtsanwalts Grünspach, den Bruder des Privatklägers, Kaufmann Georg Sklarz, als Zeuge zu einem nächsten Termin zu laden.

Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Der Reichstagsausschuß für das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz nahm am Montag § 2 in der Fassung der Regierungsvorlage an. Der § 2 bringt zum Ausdruck, daß künftig die Jugendwohlfahrtsbehörden (Jugendamt, Landesjugendamt, Reichsjugendamt) Organe der öffentlichen Jugendhilfe sind. Die Abstimmung über die §§ 3 und 4 wurde nach längerer Debatte ausgesetzt und die Vertagung beschlossen.

Haussuchungen in Paris. Infolge einer Konferenz, die Sonntag nacht im Justizpalaste stattgefunden hat, wurde Montag morgen in Paris bei den bekannten Kommunisten Frossard, Pioch, Loriot, Suvarino, Meric, Cohen, Barbusse und anderen Journalisten Haussuchungen vorgenommen. Gleichzeitig fanden auch Haussuchungen in der Provinz statt. Es sind zahlreiche antimilitaristische Dokumente beschlagnahmt worden.

Wirtschaft

Ein Wiedergutmachungsprogramm.

Daß die Wiedergutmachungslasten — allein 50 Milliarden Mark Papiermark im ersten Jahr — nicht ohne Eingriffe in die Substanz des Volksvermögens aufgebracht werden, ist von uns wiederholt dargelegt worden. Jetzt bringt die „Deutsche Tageszeitung" in sensationeller Aufmachung ein Programm für diese Eingriffe in das Volksvermögen. Genosse Schmidt, der derzeitige Reichswirtschaftsminister, soll eine zwanzigprozentige Abgabe auf den Goldwert von landwirtschaftlichem und städtischem Grundbesitz sowie eine gleichwertige Beteiligung an der Industrie durch das Reich vorgeschlagen haben. Ob der Plan in dieser Form amtlich aufgestellt worden ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir möchten es jedoch trotz der Dementis, welche besagen, daß es sich nur um Vorberatungen von Anregungen handelt, hoffen und wünschen. Wir wissen zu gut, daß Industrie, Handel und Landwirtschaft trotz ihrer Zusagen, an der Durchführung der Reparationen mitzuwirken, die schwerste Last auf die arbeitenden Massen abwälzen wollen. Bis zu einem gewissen Grade würde das auch durch eine solche Kapitalsbeschlagnahme erfolgen, da alle Steuern nach Möglichkeit auf den Verbraucher abgewälzt werden. Aber darauf kommt es hier nicht an. Alle bisherigen Steuern geben dem Reiche Papiermark, die sich entwertete, während die Goldwerte unberührt blieben. Will das Reich, das sehen muß, wie sein eigener Steuerbedarf noch nicht einmal zur Deckung seiner Ausgaben ausreicht, nicht schon in den nächsten Monaten seine Zahlungsunfähigkeit von neuem entdecken und dadurch die Besetzung des Ruhrgebiets heraufbeschwören, so muß es eben Goldwerte an sich bringen. Jedes Wiederaufbauprogramm muß natürlich ein Produktionsprogramm sein. Denn nur aus dem Ertrage einer gesteigerten Produktion können die Lasten der Wiedergutmachung bestritten werden, ohne dem Verkauf aller deutschen Werke an die Entente, der restlosen wirtschaftlichen Versklavung ausgesetzt zu sein. Aber jedes Produktionsprogramm braucht Zeit, um durchgeführt zu werden, wenn man es erst einmal gefunden hat. Nach den schönen Reden der letzten zwei Jahre möchte es allerdings leicht scheinen, als ob in Deutschland, einem Land höchster wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, es unmöglich ist, ein solches Produktionsprogramm auch nur aufzustellen.

In diese Richtung fallen Vorschläge, die im engeren Kreise von Parteigenossen lebhaft erörtert wurden; es ist nach der Veröffentlichung der „Deutschen Tageszeitung" anzunehmen, daß sie sich mit den im Reichswirtschaftsministerium weiter beratenen Anregungen decken. Diese Vorschläge sehen ebenfalls eine Beschlagnahme von Goldwerten durch das Reich vor. In ihrem Mittelpunkt aber stand ein Produktionsprogramm, das auf eine Herbeiführung der rationellsten und intensivsten Ausnutzung aller Produktionsmittel abzielte. Da Goldwerte für die gesamte Volkswirtschaft nur durch die Ausfuhr erreicht werden können, sollte die Warenerzeugung in weitestem Umfange auf den Export umgestellt, das Zoll- und Steuersystem entsprechend ausgestaltet werden. Die Einfuhr von Luxuswaren wäre überhaupt zu verhindern, die von Halb- und Fertigfabrikaten auf das unbedingt nötige Maß zu beschränken. Ebenso müßte man darauf sinnen, den durch erhöhten Steuerdruck zu erwartenden Störungen am Arbeitsmarkt vorzubeugen und das Steuersystem den Erfordernissen der Produktionssteigerung anzupassen. Und schließlich schlug man vor, diejenigen Ausgaben des Reiches, die nicht unmittelbar der Produktion und der unentbehrlichen Verwaltung dienen, einzustellen, obwohl — wie durch Beseitigung der Lebensmittelzuschüsse — Uebergangsschwierigkeiten für die arbeitenden Massen zu befürchten waren.

Schon dieser Hinweis zeigt, welche Lasten der arbeitenden Klasse drohen. War es da möglich, die Goldwertbesitzer frei ausgehen zu lassen? Noch heute gilt das Reparationsabkommen der Industrie, dem Handel, der Landwirtschaft unerfüllbar — und sie verdienen! Der Regierung, die ihren Namen unter das Ultimatum gesetzt hat, muß das Unerfüllbare zum Erfüllbaren werden. Sonst soll sie lieber gleich nach Hause gehen. Da aber ein Produktionsprogramm wie das kurz angedeutete lange Zeit zu seiner Durchführung braucht, während Foch die Hand am Säbel hat, verlangte man, die Beteiligung des Reiches an den Goldwerten, an den Produktionsmitteln und am Grundbesitz. Für die Industrie ist das Verlangen nach den öffentlich kontrollierbaren Gewinnorgien sehr leicht zu begründen. Für den städtischen Grundbesitz ist es nicht mehr als recht und billig, da die Wiederaufnahme der Bautätigkeit allein davon abhängt, daß die künstlich niedrig gehaltenen Mieten sich der Verzinsung der Neubauten nähern. Und für die Landwirtschaft, die schon jetzt für Futtermittel, Vieh und Gemüse Weltmarktpreise erzielt, mit der Einführung des Umlageverfahrens aber auch die freie Getreidewirtschaft und damit die Weltmarktpreise erreicht hat, ist es nur eine gerechte Forderung. Sie, die am wenigsten von den Einkommensteuern erfaßt wird, kann die Zinsen einer zwanzigprozentigen Goldhypothek gewiß tragen, besonders wenn ihr die Möglichkeit bleibt, diese Hypothek aus den sprichwörtlichen gehamsterten Noten jederzeit zurückzuzahlen. Selbstverständlich ist, daß schon mit Rücksicht auf die zu erwartende Verteuerung der Lebenshaltung diese Maßnahmen nur schrittweise durchgeführt werden können, daß insbesondere die Zwangshypothek auf den städtischen Grundbesitz vorläufig nur in geringerem Umfange durchgeführt werden könnte.

Soweit die Vermögensbeschlagnahme. Sie könnte dem Reiche annähernd die Hälfte der Wiedergutmachungsleistungen im ersten Jahre allein aus dem laufenden Zinsendienst liefern. Je mehr sie auf diese Weise bringt, desto weniger brauchte durch Verkauf oder Verpfändung deutschen Volksvermögens an das Ausland flüssig gemacht werden. Begreiflich ist, daß die verantwortungslosen Deutschnationalen dagegen Sturm laufen. Für eine Regierung, die dies ohne weiteres tut, gehörte viel Mut dazu!

Gewerkschaftsbewegung

Zur Bauarbeiteraussperrung in Mitteldeutschland.

Die „Rote Fahne" berichtet, daß in den Leuna-Werken sämtliche bauausführenden Firmen aussperrten. Wie der „Vorwärts" bereits am Sonntag mitteilte, haben sämtliche Baufirmen ausgesperrt. Die Unternehmer wollen die Schichtlöhne um 6 Mark herabsetzen und angeblich auch die Arbeitszeit auf neun Stunden verlängern, weiter aber die Sonntagsarbeit ohne Feiertagszuschlag einführen.

Heute läuft der Tarifvertrag in der Bauindustrie ab und die Unternehmer suchen beim Neuabschluß ihre Forderungen durchzusetzen. Die Arbeiterschaft sei den Unternehmern so weit entgegengekommen, um versuchsweise die Neunstundenschicht und die Einführung der Sonntagsarbeit auf ein Vierteljahr zuzulassen (?) und wende sich nur gegen eine Lohnherabsetzung. Schlichtungsausschuß und Reichsarbeitsministerium hätten den Arbeitern recht gegeben, die Unternehmer erklärten jedoch, trotzdem auf der bedingungslosen Annahme ihrer Forderungen zu bestehen.

Stehen die Dinge so, dann ist das zweifellos darauf zurückzuführen — wie die „Rote Fahne" verrät —, daß „das Unternehmertum glaubt, nach der Niederschlagung der revolutionären Vorhut . . . nun ein leichtes Spiel zu haben". Auf falscher Fährte aber ist das Blatt, wenn es behauptet, „die Arbeiter, die im März noch auf die Führer der SPD. und USPD. hörten" — anstatt auf das Kommando des großen Unbekannten aus den moskowitischen Gefilden —, „werden jetzt einsehen, daß es ein großer Fehler war, die kommunistischen Arbeiter in den Märzkämpfen allein gelassen zu haben".

Es wäre wirklich an der Zeit, daß endlich die „Rote Fahne" einsehen wollte, welches Unheil ihre verbrecherischen Putsch-Parolen — auf Geheiß jenes Moskauers — in Mitteldeutschland — und nicht nur dort, im Gefolge hatten. Die damals noch kommunistischen Arbeiter haben inzwischen erkannt, was die SPD.- und USPD.-Arbeiter bereits im März wußten, daß sie durch die von Moskau geforderte und von den Halbgöttern der VKPD. gehorsam apportierte dummdreiste Schurkerei ins Elend gestürzt wurden. Es wird den Machern in der „Roten Fahne" nicht gelingen, den Spieß umzudrehen und für die Folgen der schmählichen März-„Aktion" die SPD.- und USPD.-Arbeiter verantwortlich zu machen, für die sie selber die Schuld zu tragen haben.

Nur dann, wenn mit ihnen jetzt die damals so schmählich irregeführten früheren VKPD.-Arbeiter gemeinsam mit ihren übrigen Gewerkschaftsgenossen sich gegen die Spekulation der Baugewaltigen auf die Folgen des Märzputsches zur Wehr setzen, kann es gelingen, die Anschläge abzuwehren. Die „Rote Fahne" aber samt ihrem Anhang hat dabei zu schweigen, anstatt durch Wiederholung ihrer unverfrorenen Angriffe gegen die SPD.- und USPD.-Arbeiterschaft in Mitteldeutschland erneut Verwirrung zu stiften und die Einheitsfront zu verhindern. Denn sie ist es, die dem Unternehmertum in die Hände gearbeitet und zu seinem Vorstoß ermutigt hat. Die Moskauer Finger stiften nur Unheil in der Arbeiterbewegung — deshalb die fremden Hände weg, vorab bei diesem Kampfe.

Zur Lehrlingswirtschaft in der Kleinindustrie.

In einer Zuschrift wird bittere Klage darüber geführt, daß Ausgelernte ohne weiteres auf die Straße gesetzt werden, um neuen Lehrlingen Platz zu machen. Um zu verhüten, daß die jungen Leute, die während der Lehrjahre nichts verdienten, sofort nach der Lehre der Arbeitslosigkeit ausgesetzt werden, den Arbeitereltern, die während der Lehrzeit große Opfer für sie bringen mußten, weiter zur Last fallen müssen, wird folgender Vorschlag gemacht:

Jeder Lehrherr soll gesetzlich verpflichtet werden, die von ihnen Ausgelernten mindestens ein halbes Jahr zu tarifmäßigem Lohn weiter zu beschäftigen. Sollte der Lehrherr sich durch schlechte Behandlung der Ausgelernten dieser Verpflichtung zu entledigen suchen, soll er zur Zahlung einer angemessenen Entschädigung gezwungen werden, falls durch sein Verhalten das Arbeitsverhältnis vor Beendigung dieser Uebergangszeit gelöst werden muß. Bei der großen Lehrlingszüchterei in der Kleinindustrie seien Schutzmaßnahmen dieser Art dringend erwünscht.

Diese Klage ist durchaus berechtigt. Die Gewerkschaften versuchen durch Erlangung einer Notverordnung, bis zur gründlichen gesetzlichen Neuregelung des Lehrlingswesens, die bereits angebahnt ist, den schlimmsten Mißständen zu steuern. Die Lehrlingszüchterei wäre recht bald behoben, wenn ihre Nutznießer verpflichtet wären, die Gesellen, die sie ausbildeten, auch zu beschäftigen. Wenigstens solange, bis diese in anderen Betrieben Arbeit finden.

Auch die Dreher haben gelernt.

Nachdem es durch demagogische und illegale Mittel den nach Moskau orientierten Kollegen der Berliner Dreherbranche im November vorigen Jahres gelungen war, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehende Branchenkommission abzusetzen, glaubte ein Teil der Berliner Dreher, daß es der neuen Branchenkommission ein Leichtes sein würde, die Löhne bedeutend zu verbessern. Was konnte nun die Branchenkommission in der am 26. Mai im Kriegervereinshaus einberufenen Dreherversammlung über ihre damals mit hochtönenden Worten eingeleitete Tätigkeit berichten? Der 2. Branchenleiter Kollege Posselt gab einen halbjährigen Bericht, aus dem man alles, nur nichts, was als gewerkschaftliche Tätigkeit bezeichnet werden kann, entnehmen konnte. Posselt beendete seinen Bericht mit der Bemerkung, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse derartige seien, daß es der ganzen Tatkraft der Dreher bedürfe, um die Verschlechterungen, die die Berliner Metallindustriellen vornehmen wollen, abzuwehren. Die Enttäuschung war natürlich groß. Den Kollegen Hildebrandt und Neuendorf wurde es nicht schwer, der Branchenkommission ihre Unfähigkeit auf dem Gebiete praktischer Gewerkschaftsarbeit nachzuweisen. Beide Redner vertraten den Standpunkt, daß es an der Zeit sei, wieder geordnete Verhältnisse unter den Berliner Drehern herbeizuführen und eine Branchenleitung zu wählen, die es ernst mit ihrer Tätigkeit nehme und Gewerkschaftsarbeit leiste, die nutzbringend sei. Hillmer und Grasse (Mitglieder der Kom.) konnten die Versammelten nicht davon überzeugen, daß der von der kommunistischen Branchenkommission gewählte Weg zu besseren Zuständen führen werde. Eine vom Kollegen Neuendorf eingebrachte Resolution, welche der kommunistischen Branchenleitung schärfste Mißbilligung wegen ihrer zersetzenden Tätigkeit aussprach, wurde mit übergroßer Majorität angenommen. Zur Besetzung der Branchenleitung wurden gleichfalls die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehenden Kollegen mit großer Majorität bestätigt.

Die neue Branchenleitung muß unter den schwierigsten Verhältnissen versuchen, den durch die Kommunisten verursachten Schaden wieder gut zu machen. Wenn alle Kollegen der neugewählten Branchenleitung ihre Mitarbeit zur Verfügung stellen, wird es durch Tatkraft und Umsicht gelingen, wieder nutzbringende und ersprießliche Gewerkschaftsarbeit zu leisten.

Kommunistischer Schwindel.

Da es keinem vernünftigen Menschen einfällt, die kommunistische Gewerkschafts„taktik" zu loben, tun die Kommunisten es selbst. In der Regel enthüllt sich ihr Ruhm allerdings als plumper Schwindel. Die kommunistische Düsseldorfer „Freiheit" vom 19. Mai brachte eine Notiz, die von der „Roten Fahne" natürlich mit dem nötigen Senf über das vorbildliche Wirken der Kommunisten für die Gewerkschaften wiedergegeben wurde. Die Notiz hatte folgenden Wortlaut:

Uebertritt zu den Gewerkschaften.

Wie die gewerkschaftszerstörende Arbeit der Kommunisten in Wirklichkeit aussieht, beweisen die Essener Straßenbahner, die bisher fast durchweg der AAU. angehörten, und die durch die intensive Propaganda der Kommunistischen Partei fast geschlossen zum Transportarbeiterverband übergetreten sind.

Wir hoffen, daß nun endlich die noch in der AAU. organisierten Kommunisten einsehen, daß gerade in der jetzigen Zeit eine Konzentration der Arbeiterbewegung erfolgen muß und ersuchen sie, dem Beispiel der Essener Straßenbahner zu folgen.

Merkwürdigerweise hat die Essener Filiale der Kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale diesen Bericht nicht in das „Ruhr-Echo" gebracht, wahrscheinlich, weil die Meldung in Essen denn doch zu schnell als Ente erkannt worden wäre.

In Wirklichkeit gehörten die Essener Straßenbahner nicht „bisher fast durchweg der AAU." an, sondern von der etwa 1800 Mann starken Belegschaft waren knapp 100 bei der Union, und ungefähr 200 bei den Christen organisiert. Die übrigen gehören seit je dem Deutschen Transportarbeiterverband, jetzt dem Deutschen Verkehrsbund an. Der Uebertritt von rund 80 Unionisten ist auch nicht das Verdienst der kommunistischen Gewerkschaftszersplitterer, sondern die Wirkung eines Anschlages der freien Organisation, der bis zu einem gewissen Termin den Unionisten den Uebertritt freistellte. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt nur Neuaufnahme. In Wirklichkeit sind diese Unionisten ein Opfer der kommunistischen Agitation, die erst den Boden für die Union schuf.

Das ist die Wahrheit, die Meldung der kommunistischen Blätter aufgelegter Schwindel.

Zur Heranbildung wirtschaftlicher Kräfte.

Der im vorläufigen Reichswirtschaftsrat bestehende Ausschuß zu dem in der Ueberschrift genannten Zwecke, hat am 27. Mai den Antrag gestellt:

„Der vorläufige Reichswirtschaftsrat wolle an die Reichsregierung das dringende Ersuchen richten, zum Zwecke der wirtschaftlichen Fortbildung werktätiger Kräfte ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen."

Die dem Antrage beigegebene Begründung verweist auf die Aufgaben, die der deutschen Volkswirtschaft durch die Entwicklung der Verhältnisse zufallen, wie auch durch die im § 165 der Reichsverfassung verbürgte Mitwirkung der Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen Unternehmungen. Bis jetzt haben die Berufsvereinigungen der Arbeiter und Angestellten aller Richtung die Mittel größtenteils selber beschafft, um ihre Mitglieder zu schulen, wie es in weit über 200 Kursen geschehen ist. Sie sind auch für die Folge zu opferwilliger Mitarbeit bereit. Allein die von den Beteiligten aufzubringenden Mittel reichen bei weitem nicht aus, um die bisherigen Einrichtungen weiter zu führen und weitere ins Leben zu rufen. Die beteiligten Stellen im Reiche, in den Ländern und Gemeinden werden deshalb ersucht, im Sinne des Antrages zu verfahren. Es handelt sich dabei schätzungsweise für das laufende Jahr um einen Betrag von 3 bis 4 Millionen Mark. Trotz Anerkennung der allgemeinen finanziellen Notlage werden diese Mittel zu der gerade jetzt besonders eiligen und wichtigen Heranbildung aller werktätigen Kräfte gefordert. Die Schulung wirtschaftlicher Pioniere aus allen Volksschichten sei eine nationale Verpflichtung.

Zum Potsdamer Straßenbahnerstreik. Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: Der Organisationsvertretung und dem Streikkomitee soll eröffnet werden, daß jeder am Streik beteiligte Arbeiter fristlos entlassen werden wird, der nicht spätestens am Mittwoch früh planmäßig die Arbeit wieder aufnimmt. Den Arbeitern, welche dieser Aufforderung nicht folgen, soll die fristlose Kündigung zugestellt werden.

Amsterdam und Washington.

Die Frage, ob der amerikanische Arbeiterverband (American Federation of Labour) seine Absage an den Internationalen Gewerkschaftsverband aufrechterhalten soll oder nicht, wird, wie die FPS. meldet, der im Juni stattfindenden Jahresversammlung der Federation unterbreitet werden. Diese Entscheidung wurde gelegentlich einer vor kurzem stattgefundenen Sitzung des Exekutivrates der Federation gefällt.

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Berlin. **Betriebsräte:** Textilbranche: Dienstag 5 Uhr bei Witte, Poststr. 29. — Speditionsbranche: Dienstag 7 Uhr bei Boeker, Weberstr. 17. — Portiers und Wächter: Donnerstag 5 Uhr bei Schirm, Charlottenstr. 7/8. — Post- und Telegraphenarbeiter: Donnerstag 6½ Uhr Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12. — Sektion 8 Lebens- und Genußmittelbranche: Donnerstag 7 Uhr bei Fenfara, Melchiorstraße 15. — Sektion 4, Kraftfahrer: Freitag 7 Uhr Engelufer 15 II, Zimmer 43. — In den ersten beiden Versammlungen: Betriebsrätefragen; in den übrigen Delegiertenwahl zur Betriebsrätekonferenz des Verbandes. — Mineralwasserarbeiter, -arbeiterinnen und -kutscher: Dienstag 7 Uhr bei Fenfara, Melchiorstraße 15, Versammlung. — Altpapierhandlungen: Kutscher, Arbeiter und Arbeiterinnen: Dienstag 7 Uhr im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c, Versammlung. Bericht wegen Abschluß eines neues Tarifvertrages. — Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus den Engros- und Detailbetrieben der Putzbranche (Damenhüte, Blumen und Federn): Mittwoch 6 Uhr im Lokal von Karl Witte, Poststr. 29, Gruppenversammlung.

Zentralverband der Angestellten. Einzelhandel: Kurz-, Weiß-, Wollwaren und Herrenartikel: Mittwoch 7½ Uhr Öffentliche Versammlung in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18. — Kohlengroßhandel: Mittwoch 7½ Uhr Mitgliederversammlung in den Prachtsälen „Alt-Berlin", Blumenstr. 10. — Krankenkassen: Mittwoch 4 Uhr Funktionärversammlung im Schultheiß, Neue Jakobstraße 24/25. — Papier, Graphisches Gewerbe: Mittwoch 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c.

Deutscher Werkmeisterverband. Bez. 15. Fachgruppe „Papier": Versammlung Freitag 5 Uhr im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung „Aparte Neuheiten" Verkauf meterweise **Koch & Seeland** G. m. b. H. Gertraudtenstraße 20—21

Die sorgsame, einsichtige Hausfrau läßt die Leib- und Haushaltwäsche mit
Sunlicht Seife
nach dem
Sunlicht-Wasch-Verfahren
waschen; denn dieses gewährleistet einzig und allein blendendste Resultate bei geringstem Arbeitsaufwand und höchster Schonung auch der zartesten Gewebe. Anweisungen über das Sunlicht-Wasch-Verfahren sind auf der Faltschachtel vom Sunlicht-Seifen-Doppelstück zu ersehen.

Ausnahme-Angebote
Bettfedern Fabrik **Lustig** Gustav Berlin S ☆ Prinzenstraße 46 Eingang nur unter Glaskuppel

Fertige Betten: Oberbett 220 M. Unterbett 195 M. Kissen 78 M. Steppdecke Trikot, doppelseitig, Handarbeit 135 M.
Daunendecken bunt gemustert, schöne Dessins 765 M. Schlafdecken Halbwollejn. Streifen 125 M.
Bettwäsche: Oberbett 69 M. Kissen 19 M. Laken 59 M. Schränke Weißlack. 110 cm breit 690 M.
Chaiselongues mit rotem Meltonbezug 320 M. Waschtische Metall-Weißlack 72 M.
Metallbettstelle m. Zugfederboden, fein lackiert 155 M. mit 33 mm Bügel, fein lackiert, 90×190 cm 255 M.
Komplette **Bettraum-Einrichtungen** für Hotels, Pensionate Sanatorien und Sommerwohnungen

Tuchfabrik-Niederlage von H. Lamprecht, Berlin-Treptow, Bouchéstr. 17, verkauft Damen-, Herrenstoffe zu Fabrikpreisen an Private. Gute dauerhafte Herrenstoffe von 45 M. an aufwärts

Bei **Nervosität** körperlicher und geistiger Abspannung
Dr. Hoffbauer's ges. gesch.
Lecithin-Präparate
mit Eisen | mit Arsen | mit Kola
Aus reinstem, dem Hühnerei entzogenen Nervstoff oder Lecithin hergestellt.
Ausführl. Lit. gratis durch
Elefanten-Apotheke, Berlin SW 19, Leipziger Str. 74 (Dönhoffpl.).
Amt Zentr. 7192